

SPD Frankfurt Northwest



Der SPD-Ortsverein Frankfurt Northwest entstand durch Fusion der drei Ortsvereine des Frankfurter Ortsbeiratsbezirks 8 Heddernheim, Nordweststadt und Niederursel 2024.

Grundlage für diese Chronik ist das Jubiläumsheft

50 Jahre Heddernhemer SPD

und die Proschiere

150 Jahre SPD“ Wir bauen eine neue Stadt“ 2013.

Im Folgenden sind relevante Auszüge aus den beiden Chroniken zusammengestellt, ergänzt mit mündlichen Erinnerungen über den OV Nordweststadt Süd bzw. III.

Zusammengestellt Josef Ullrich



Die Hedderheimer Sozialdemokraten feiern in diesem Jahr das 50jährige Jubiläum ihrer Wiedergründung nach 1945. Das ist ein relativ kurzer Zeitabschnitt in der mehr als 130jährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, dafür aber ein sehr bedeutender. Denn auch hier vor Ort haben sich nach zwölf Jahren der Unterdrückung und der Verfolgung Sozialdemokraten die Aufgabe gestellt, in Deutschland eine demokratische und soziale Gesellschaft aufzubauen und daran mitzuwirken, daß ein Rückfall in Diktatur und Terror in Deutschland unmöglich wird. - Das ist bis heute gelungen.

Wir feiern aber auch das fünfzigjährige Bestehen unseres Parteihauses in der Kastellstraße. Des Ortes, von dem aus die Hedderheimer SPD in den letzten fünf Jahrzehnten in und für den Stadtteil wirkte. Als Haus der SPD ist die "Oranienburg", wie sie im Volksmund heißt, mittlerweile ein fester Bestandteil und Treffpunkt des Stadtteils. Deshalb freuen wir uns, das Jubiläum in diesem Jahr feiern zu können und wollen Ihnen mit der kleinen Chronik, die in dieser Festschrift enthalten ist, einen Einblick in 50 Jahre Hedderheimer SPD geben.

Thomas Erhart
Ortsvereinsvorsitzender

Über einen SPD-Ortsverein vor 1933 in Heddernheim ist leider nichts in Erfahrung zu bringen. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass es in den Hedderheimer Kupferwerken, der späteren VDM, es eine organisierte Arbeiterschaft gab.

Chronik der Heddernheimer SPD

1946 - 1996

Die SPD in Heddernheim blickt in diesem Jahr auf 50 Jahre politische Arbeit im Stadtteil zurück, und feiert gleichzeitig das Bestehen des Parteiheimes in der Kastellstraße 28.

Dies ist Anlaß für uns, die Geschichte der Partei zu dokumentieren und mit einer Festschrift Einblick in die Arbeit und die Veränderung politischen Engagements zu geben.

Nun ist die SPD in Heddernheim nicht erst 1946 gegründet worden, sondern hat sich in dieser Zeit, wie in ganz Deutschland, nach dem Verbot durch die Nazis nach dem Krieg neu konstituiert.

Ganz sicher hat es bereits vor 1933 eine SPD in Heddernheim gegeben. Dokumente, Bilder oder sonstige Materialien liegen uns jedoch leider nicht mehr vor. Es wird uns aber Anspruch sein, dies mit einer längeren Zeit für Recherchen und Nachfragen in Archiven zu einem späteren Zeitpunkt zu dokumentieren.

Diese Festschrift möchte den Versuch machen, in einer chronologisch-dokumentarischen Form, die politische und inhaltliche Arbeit der SPD in Heddernheim festzuhalten.

Dabei geht es nicht so sehr um politische Anträge oder Anfragen des Ortsvereines, der früher „Distrikt“ hieß, sondern um die alltäglichen politischen Themen, die hier besprochen und diskutiert wurden.

Natürlich war die Politik der Heddernheimer SPD immer ein Teil der Frankfurter Partei. Aber die Entwicklung der Frankfurter SPD soll nicht Gegenstand dieser Schrift sein. Über die Anfänge und die Gründung dieser Partei wollen wir in einer später folgenden ausführlicheren Dokumentation berichten.

Die 40er Jahre

Bereits am 12.8.1945 fand in Frankfurt die Gründungssitzung der Frankfurter SPD statt.

Auch in Heddernheim trafen sich in dieser Zeit Genossen, um wieder eine Parteiorganisation aufzubauen.

Ab Dezember 1945 gab es zwischen der Parteileitung in Frankfurt und den Heddernheimer Genossen einen regen Schriftwechsel zur Konstituierung der Partei in Heddernheim.

Im Januar 1946 fand dann die 1. Hauptversammlung nach dem Verbot von 1933 statt, und ein Distriktsvorstand wurde gewählt. Der erste Vorsitzende war Karl Engelhardt, und als Schriftführer wurde Egon Alfhart gewählt, der zusammen mit seiner Frau Lisy Alfhart von Anfang an bis in die 80er Jahre dem Vorstand angehörte.

Eine der ersten Aktivitäten war die Wahlkampfarbeit zur ersten Stadtverordnetenversammlung, die die Wahlperiode 1.6.1946 - 30.4.1948 umfaßte. Am 30 Mai 1947 fand die erste Maifeier in der Kantine der VDM statt.

Gleichzeitig war der Aufbau des Hauses Kastellstraße 28 (Oranienstr. 11) als Parteiheim ein zentraler Punkt in den ersten Jahren nach dem Kriegsende.

Vor dem Krieg traf sich die Partei im Volkshaus, dem heutigen Clubhaus im Wenzelweg. Durch Zerstörung des Hauses und Eigentumsunstimmigkeiten war man auf der Suche nach einem neuen Treffpunkt.

Nach den Jahren des Verbotes der politischen Arbeit der Sozialdemokraten, war ein eigenes „Heim“ von großer Bedeutung, um die politische Arbeit wieder aufzunehmen und Diskussionen, Zusammenkünfte und auch Feiern zu gestalten.

Das Haus in der Kastellstraße war zerstört und mußte wieder aufgebaut werden. Die Akten der ersten Jahre enthalten eine Fülle von Korrespondenz über Aufbau, Ausstattung mit Tischen und Stühlen, Öfen usw.

Aber am 7.3.1948 um 16.00 Uhr wurde das „Parteiheim“ mit einer kleinen Feier offiziell eingeweiht. Gerade rechtzeitig, um die Endphase des Wahlkampfes 1948 in den eigenen Räumen anzugehen. Als besonderer Gast wurde zu der Feierlichkeit Oberbürgermeister Walter Kolb eingeladen. Am 25.4.1948 wurde ein neues Stadtparlament gewählt. Walter Kolb, seit 1946 im Amt, bleibt Oberbürgermeister und die SPD stärkste Partei.

Die 50er Jahre

Auch in den 50er Jahren nahm die Wahlkampfaktivität zu den verschiedenen anstehenden Wahlen einen breiten Raum ein. Es standen in dieser Zeit die ersten Wahlen zum Bundestag - Landtag - und wieder zur Stadtverordnetenversammlung an.

Gleichzeitig galt es mit dem Wahlkampfeinsatz neue Mitglieder zu werben und die innerparteiliche Arbeit weiter aufzubauen.

In dieser Zeit begannen die regelmäßigen Mitgliederversammlungen, die einmal im Monat mit großer Beteiligung der Genossen abgehalten wurden.

Das Bedürfnis nach Zusammenkünften und Diskussion über eine neue, andere Gesellschaftsordnung war nach den Jahren des Faschismus besonders stark.

Am 8.2.1957 sprach Walter Hesselbach über *„Die Möglichkeiten und die Chancen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik“*.

Ebenso sprachen sich die Hedderheimer Sozialdemokraten gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus.

Eine EntschlieÙung aus dem Jahre 1954 wird vom Ortsverein an den Parteivorstand weitergeleitet, die sich mit der Frage der Beschäftigungsverhältnisse von italienischen Arbeitern in der BRD beschäftigt. Die Genossen machten auf die Tatsache der Lohnungleichheit und den Mißbrauch der Arbeiter aus Italien als Lohndrücker aufmerksam, und fordern einen gewerkschaftlichen Einsatz für diese Arbeitskräfte.

Innerparteilich starten Umfragen unter Parteigenossen über die Arbeit im Distrikt, und welche Formen und Möglichkeiten ausgebaut werden können.

Die Maifeiern, die jedes Jahr mit politischem und kulturellem Programm, sowie mit Tanz durchgeführt werden, dienen nicht nur zur Erinnerung an alte Arbeitertraditionen - sie sollen auch die Sozialdemokraten für alle Hedderheimer als Partner transparent machen.

Auch die öffentlichen Bürgerversammlungen sind ein Weg Kontakte aufzubauen und Bürgerwünsche umzusetzen. Die Einladung zum 26.08.1955 gibt hier ein Beispiel.

1956 räumen die Amerikaner die von ihnen seit Kriegsende beschlagnahmten Häuser und Wohnungen in der Römerstadt. Die neuen Mitbürger werden von der SPD mit einem Schreiben begrüßt.

Das Jahrzehnt endet 1959 mit einem wahlfreien Jahr und der Beschlußfassung zum Bau der Nordweststadt mit Wohnungen für 45.000 Menschen.

Die 60er Jahre

Das Jahrzehnt beginnt 1960 mit einem Kommunalwahlkampf und endet 1969 mit dem Bundestagswahlkampf und der Wahl Willy Brandt's am 21.10.1969 zum ersten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik.

Dazwischen liegen Jahre mit vielen inneren und äußeren Kämpfen in der Gesellschaft, die auch die Hedderheimer Genossen und den Ortsverein nicht unberührt lassen.

Die sogenannte „68er Revolte“, war nicht allein nur eine Studentenbewegung. Die SPD als mittlerweile große „Volkspartei“, stand mittendrin.

Alte Zöpfe abzuschneiden und wiederentstandene neofaschistische Tendenzen zu bekämpfen, gegen die Wiederbewaffnung und gegen die „Notstandsgesetze“ und Stellungnahme gegen den Vietnamkrieg sind die beherrschenden Diskussionspunkte im Ortsverein.

Den Weg, den sich die Sozialdemokratie im November 1959 im Godesberger Programm gesetzt hatte, führte auch in Hedderheim zu kontroversen Meinungen.

Die Mitgliederversammlungen des Ortsvereines in diesen Jahren belegen die außerordentliche Spannbreite zu theoretischen Fragen, die dann in den 70er Jahren zu den großen inhaltlichen Auseinandersetzungen führen sollten.

Die nachfolgende umfangreiche Auflistung der Themenschwerpunkte soll auch einen Einblick für „Nichtgenossen“ geben, wie aktiv sich innerparteilich auseinandergesetzt wurde. Die Protokolle der Mitgliederver-

Tanz IN DEN MAI

im Klubhaus Hedderheim - Wenzelweg

BUNTES PROGRAMM

Es spielt die Kapelle

Red Five Combo

Begrüßung: Ernst Leuninger MdL

Saalöffnung: 18.30 Uhr Beginn: 19.30 Uhr

Eintritt DM 2,50

30. April 1966

Kartenvorverkauf: Klubhaus Hedderheim

SPD - Distrikt Hedderheim

sammlungen aus dieser Zeit belegen eine rege Beteiligung der Genossen, von denen wir heute nur träumen können.

Selbstverständlich war auch die Politik „vor Ort“, d.h. die Kommunalpolitik immer ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Hedderheimer Ortsvereins.

Der Bau der Nordweststadt berührte ja Hedderheim in starkem Maße, ebenso der U-

**Farben
Kolvenbach**
60439 FFM. - Oranienstraße 2
☎ 57 68 39

Wir haben alles
was Sie zum renovieren brauchen.

Was wir nicht haben,
das brauchen Sie auch nicht.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Hiermit laden wir Sie zu unserer nächsten Mitglieder-
versammlung ein für

FREITAG, DEM 6. SEPTEMBER 1963,
in der Gastwirtschaft der Turnhalle Habelstraße

Es spricht unser Römerstädter Genosse A. W. Berkefeld
(Hauptmann der Bundeswehr) zum Thema



Bürger in Uniform

EIN VERGLEICH BUNDESWEHR-WEHRMACHT-REICHSWEHR

Dies ständig aktuelle Thema dürfte zu ausgiebiger und interessanter Diskussion
Anlaß geben.

Wir freuen uns, Sie nach der langen Sommerpause wieder zu sehen und verblei-
ben bis zum kommenden Freitag

Ffm., 30.8.1963

Ihr Distriktsvorstand
gez.: R. Joppen

Bahn-Bau von der Innenstadt zur Nordweststadt. Viele Bürgeranhörungen
und Versammlungen über die städtebaulichen Veränderungen wurden durch-
geführt.

Am 18.3.1960 wurde in einer Vorstandssitzung folgender Beschluß gefaßt:
*„Gegen die Einrichtung einer Müllverbrennungsanlage in Heddernheim
wollen wir schriftlich protestieren und dabei sachliche Gegengründe vortra-
gen. Auch wollen wir „Verbündete“ in unserer Ablehnung suchen.“*
Wie viele „Verbündete“ gefunden wurden, ist nicht bekannt. Leider konnte
sich der Wunsch der Heddernhaimer Sozialdemokraten nicht durchsetzen.
Die Müllverbrennungsanlage steht groß und wuchtig in unserem Stadtteil.

Die Verkehrsführung im Stadtteil war und ist bis heute ständiger Punkt der
kommunalen Politik geblieben. In den 60er Jahren wurden viele Bauvorha-
ben und Veränderungen in diesem Bereich geplant. Der Widerstand zu
einzelnen Projekten (z.B. Verbreiterung Dillenburger Straße, Rosa-Luxem-

burg-Str. usw.) wurde leider allzuoft von den Genossen im Magistrat nicht beachtet, die global planten und damit so manchen Genossen im Stadtteil erzürnten.

Wie bereits erwähnt, endeten die „60er“ mit dem Sieg Willy Brandt's als Bundeskanzler.

FRÜHLINGSFEST

am 30. April 1962, um 19.30 Uhr

im Klubhaus Heddernheim, Wenzelweg

Tanz in den Mai

Großes buntes Programm unter Mitwirkung der **Bayrischen Vereinigung**.

Es spielt die bekannte **Tanzkapelle Regina**.

Saalöffnung: 18.30 Uhr

Eintritt: DM 2.-

SPD Heddernheim

Mitgliederversammlungen 1960 - 1969 (Auswahl)

- | | |
|------------|---|
| 05.04.1960 | „Frankfurter Verkehrsprobleme: Allwegbahn oder
Unterpflasterbahn“ Referent Walter Möller |
| 12.05.1960 | „Jugoslawien „ Lichtbildervortrag |
| 12.02.1961 | „Die Unterschiede in der Sozialpolitik der SPD und der
CDU „ |
| 04.04.1961 | „Rotation“ Film über das Schicksal eines Menschen in der
Nazi- und Kriegszeit. |
| 14.06.1961 | „ Wer wählt wen- und warum ? „ |
| 13.02.1962 | „Ist Koexistenz mit der Sowjetunion möglich ?“ |
| 06.06.1962 | „Gibt die derzeitige wirtschaftliche Lage in der BRD zur
Besorgniss Anlass?“ Referent: Walter Hesselbach |
| 28.02.1963 | „ Schweden und seine Schule „ |
| 30.04.1963 | Maifeier in der Turnhalle mit dem Kabarett „Die
Maininger“ |
| 03.04.1964 | „ Mitbestimmungsrecht der Eltern in den Schulen aus
Sicht der Partei“ Referent: Manfred David |
| 19.08.1964 | „Kommunale Probleme Anderer“ Bericht einer
Englandreise von Lisy Alfhart |

12.02.1965	„ Israel - ein politisches Problem? „ Studienaufenthalt in Israel Referent Peter Neun
08.06.1966	Vortrag über eine Reise nach Russland Referent von der Eltz
18.11.1966	„Entwicklungshilfe“ Referent MdB Brigitte Frey
05.05.1967	„ Die geplante Strafrechtsreform „ Referent Kriminaldirektor Kalk
23.06.1967	„ Entsteht in Südost-Asien der dritte Weltkrieg?“ Referent Hans Matthöfer
04.06.1967	„ Gibt es eine Krise im demokratischen Sozialismus?“ Referent Prof.Dr. Richard Freyh
18.06.1968	„ Ausweitung der qualitativen Mitbestimmung“ Referent Armin Clauss
22.11.1968	„ Perspektiven im Übergang zu den 70er Jahren“
02.04.1969	„ Werden wir manipuliert ?“
16.05.1969	Bürgerforum mit Walter Möller
23.10.1969	„ Bodenspekulation- oder: Die Vorrechte weniger zerstören unsere Stadtplanung für alle „

Die 70er Jahre

Die gesellschaftlichen Veränderungen waren auch in den politischen Parteien spürbar und haben große strukturelle Veränderungen gerade in der SPD herbeigeführt.

Die kritisch-rebellische Jugend der APO begann den „Langen Marsch durch die Institutionen“, viele traten in die SPD ein. Auch in Heddernheim bildete sich in den ersten Jahren der 70er eine große Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (alle Mitglieder im Alter bis zu 35 Jahren). Diese waren zwar von ihrer Herkunft durchaus aus traditionellen Mitglieder- und Wählerschichten der Sozialdemokraten, selbst aber in der Mehrzahl angehende Akademiker.

Eine Verschiebung der Mitgliederstruktur setzte auch durch die vielen Verwaltungsbeamten ein, die aus ihren ursprünglichen Berufen über politische Mandate in diese veränderten Positionen hineinwuchsen. Diese Struktur hat sicher nachhaltig - bis heute- die Sozialdemokratie verändert.

Auch in Heddernheim setzten sich die „Alten“ mit den „Jungen“ auseinander. In der AG der Jungsozialisten war Theoriearbeit großgeschrieben. Marx, Engels, Luxemburg, Bebel und Liebknecht und dem Revisionisten Bernstein wurden lange Diskussionsabende gewidmet. Gesellschaftsverändernde Wirtschafts- und Sozialstrukturen wurden, wie im Ortsverein der 50er Jahre, ebenfalls diskutiert.

Willy Brandt's „Mehr Demokratie wagen“ wurde bis in die unterste Parteiebene, den Ortsverein, hineingetragen.

Das Motto der Jungsozialisten in dieser Zeit „Links ist machbar- Nachbar“, stieß auf große Kritik und Widerstand im Ortsverein. Warum ? -

Viele der älteren Genossen, die seit den 20er Jahren Mitglieder der SPD waren, oder seit der Neugründung 1946 dazugehörten, sahen sich in ihrem jahrzehntelangen Kampf und Einsatz belohnt, mit einer sozial-liberalen Bundesregierung und einem SPD-Kanzler. Jede Kritik an dieser Politik wurde als Demontage angesehen- und genau dies machte die Zusammenarbeit so schwierig. Dabei konnten die meisten „Jusos“ diese Haltung durchaus nachvollziehen und verstehen. Aber erst Mitte/Ende der 70er Jahre glätteten sich die Wogen, die inhaltliche Arbeit und der Einsatz um Wählerstimmen hatte Vorrang.

Die Jungsozialisten brachten 1973 die 1. Ausgabe des „Hedderheimer Kommunal“ heraus, einer Stadtteilzeitung, die aktuelle Themen im Stadtteil ansprechen sollte.

Diese erste Ausgabe befaßte sich mit den Wohnverhältnissen in Heddernheim. Die Jungsozialisten hatten mit einer mehrere Wochen dauernden Fragebogenaktion von Haus zu Haus die Wohnbeschaffenheit und -zufriedenheit bei den Hedderheimer Bürgern abgefragt und meistens offene Türen gefunden.

Durch die Schaffung der Ortsbeiräte, die erstmals 1972 bei der Kommunalwahl bestimmt und von der SPD gefördert wurden, setzte eine engere Zusammenarbeit mit Stadtteilbewohnern und örtlichen Vereinen und Institutionen ein.

Neue Formen der Begegnung wurden gesucht. Ein Wunsch der leider nicht zustande kam, war ein „SPD-Laden“ in Heddernheim als Anlauf- und Informationsstelle.

Mehrere Info-Stände mit Apfelwein-Ausschank wurden zur Mobilisierung verschiedener politischer Aktionen durchgeführt. Hierbei war vor allem der Bau von Tennisplätzen im Niddatal ein Punkt, der mit 2.600 gesammelten Gegenunterschriften im Ortsbeirat abgelehnt werden konnte. Auch die immer wieder sehr diskutierte Verkehrsführung- bzw. Verkehrsberuhigung und der Ausbau der Rosa-Luxemburg-Straße wurden thematisiert.

Die AG der Jungsozialisten legte am 11.5.1975 eine große Dokumentation über die Spielplätze in Heddernheim vor, worauf die Ortsbeiratsmitglieder des Ortsvereins eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Spielmöglichkeiten an den Magistrat stellte, von denen erfreulicherweise einige Ideen umgesetzt wurden.

Am 20.10.1976 wird Armin Clauss Hessischer Sozialminister. Er war bereits seit 1970 Mitglied des Landtages. Armin Clauss gehörte damals dem Ortsverein an und hatte zuvor auch Funktionen im Vorstand innegehabt.

1977 spricht sich der Ortsverein gegen eine Erhöhung der FVV-Fahrpreise aus.

Bei der Kommunalwahl 1977 verliert die SPD erstmals nach Jahrzehnten ihre absolute Mehrheit im Römer. Sie geht das erste Mal nach Kriegsende in die Opposition. Für viele ist es schwer damit umzugehen, aber die Arbeit „vor Ort“ geht weiter.

1978 sind die anstehenden Entlassungen bei der VDM zentrales Thema im Stadtteil und für die Sozialdemokraten. 400 Mitarbeiter sind davon betroffen. Der Ortsverein unter-

stützt die Arbeiter und wendet sich mit Anträgen und Eingaben gegen diese Entscheidung. Die Jusos widmen eine Ausgabe ihrer Zeitung „Heddernheimer Kommunal“ der Situation bei VDM.



Litfaß-Säule zur Verkehrsberuhigung im Nordwestzentrum

Leider wurde der Standort Heddernheim der VDM vormals Kupferwerke 1982 mit 1700 Mitarbeitern ganz geschlossen. Das hatte gravierende Folgen für die ganze Region



In den siebziger Jahren, von links nach rechts: Horst Kerger (OV-Vorsitzender von 1967 - 1974), Armin Clauss, MdL und Rolf Weber (OV-Vorsitzender 1974 - 1982)

Im Jahr des Kindes, 1979, werden viele Aktionen entwickelt, um auf die Situation von Kindern, nicht nur in der Dritten Welt, aufmerksam zu machen. Das jedes Jahr stattfindende Kinderfest steht unter diesem Motto. Auch ein „Hedderzheimer Kommunal“ erscheint zum Jahr des Kindes.

Eine Diskussionsveranstaltung im Sept. 1979 im ev. Gemeindehaus, sowie eine Ausstellung über die Situation von Kindern in Europa und Übersee waren Beiträge zu diesem Thema.

Auch dieses Jahrzehnt wollen wir beschließen, indem wir eine Auswahl von Mitgliederversammlungen der verschiedensten Themenbereiche auflisten, damit in etwa nachvollziehbar ist, welche Spannbreite Sozialdemokraten in Heddernheim diskussionsfähig hielten und halten.

Mitgliederversammlungen 1970 - 1979 (Auswahl)

- 12.05.1970 „Fragen und Probleme der Landespolitik im Hinblick auf die Landtagswahl.“ - *Armin Clauss*
- 19.08.1970 „Wirtschaftspolitische Sorgen in Bonn !-scheitert Schiller an seiner Hochkonjunktur ?“ *Fred Zander*
- 11.03.1971 „Städtebau und Wohnungspolitik- kritische Analyse“
- 25.11.1971 „Aspekte der Frankfurter Kulturpolitik“ *Hilmar Hoffmann*
- 24.02.1972 "Die Konzeption der Gesamtschule und die Probleme der Ernst-Reuter-Schule" - mit *Schulrat Bahl*
- 20.06.1972 "Ist die Stadt Frankfurt pleite? - *Stadtrat Rudi Sölch*
- 28.11.1972 "Aktuelle Landespolitik" - *Armin Clauss*
- 16.05.1973 Schulentwicklungsplan III - mit *Schulleiter Georg Bernhardt*
- 13.06.1973 "Das Langzeitprogramm der SPD" - *Gerd Lütgert*
- 28.11. 1973 "Probleme der Umweltverschmutzung und des Umweltschutzes" - *Dr. Gert Eigenwillig*
- 08.04.1975 "Orientierungsrahmen 85" - *Karsten Voigt*
- 15.12.1975 Bericht zur Haushaltslage der Stadt Frankfurt - *Stadtkämmerer Hermann Lingnau*
- 27.04.1976 Aufgaben und Ziele des Umlandverbandes - *Erster Beigeordneter Alfred Schubert*
- 07.03.1977 Öffentliche Veranstaltung zur "Sozialpolitik" - *Bürgermeister Martin Berg*
- 10.04.1978 "Rentenfinanzierung" - *Ministerialrat Manfred Reeg*
- 15.11.1978 "Kommunaltolitik im Ortsbeirat 8" - *Ortsbeiräte Wilma Ludewig und Christa Fischer*
- 28.04.1979 Lesung mit Valentin Senger: "Kaiserhofstr. 12" und Juso-Kabarett "Freiheit das Pfund zu DM 1,90"
- 28.08.1979 "Familien- und Gesundheitspolitik" - *Parl. Staatssekretär Fred Zander*
- 03.10.1979 "TRAM 2000"
Mit einem Verkehrsmittel von gestern in die Zukunft ? -
Streitgespräch
mit *Klaus Sturmfels und Hans-Erhard Haverkamp*

Die 80er Jahre

Wahlkampf, Wahlkampf - damit kann jedes Jahrzehnt begonnen und beendet werden. Im Jahre 1980 wurden schon die ersten Überlegungen zur Kommunalwahl 1981 angestellt. Nach dem Verlust der Mehrheit in Frankfurt im Jahre 1977, waren auch im Ortsverein Heddernheim die Diskussionen bestimmend, wie eine Wende herbeizuführen wäre. Kontaktmöglichkeiten zu den Bürgern gab es zur Genüge. Waren doch diese Jahre geprägt durch große örtliche Veränderungen.

Die Verkehrsberuhigung, ein Thema das ganze Jahrzehnt hindurch, kam in ersten Ausbauschritten auf die Heddernheimer zu. Die Bundesgartenschau war in Planung und die Ortsbeiratsfraktion der SPD beantragte eine weitere Altenwohnanlage in Heddernheim (Asslarer Straße).

Außerdem wird auf einer Vorstandssitzung folgendes beschlossen: „Der Ortsverein der SPD Heddernheim mißbilligt mit aller Schärfe die Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten.“ Die Vorsitzende, damals Susanne Däbritz, wird aufgefordert, dies dem Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises Fred Zander mitzuteilen.

Im September findet ein Kommunalmarkt in Frankfurt statt. Der Ortsverein Heddernheim nimmt mit einer DIA-Schau daran teil. Der 2.Grüngürtel um Frankfurt, ein Vorschlag der SPD, wird diskutiert. Eine Fahrradtour der Frankfurter SPD wird aktiv unterstützt, denn das Niddatal soll ein Teil des Grünstreifens werden und bleiben.

Weiterhin wird immer wieder die Arbeit mit und für die Bürger diskutiert. Gerade wieder im Wahljahr 1986. Plakate, Flugblätter, Info-Stände, Info-Büro, kulturelle Veranstaltungen- wie kann man in Zeiten der medialen Überflutung Menschen ansprechen und zur politischen Arbeit interessieren?

Als wichtige Punkte wurden nach wie vor die kontinuierliche Präsenz im Stadtteil und die Ortsbeiratsarbeit angesehen. Der Vorstand beschließt, das „Hedderzheimer Kommunal“ wieder aufleben zu lassen, das künftig Teil der Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil sein soll.

Der Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Partei soll auch der Neujahrsempfang dienen, der am 11.01.1987 erstmals, damals mit Volker Hauff und Fred Zander, stattfindet. Eine Veranstaltungsform, die sich besonders bei den Vereinen und Institutionen bis heute großer Beliebtheit erfreut.

Am 16.1.1987 wird durch den Ortsbeirat 8 die Gedenkstätte am ehemaligen Arbeits- und Erziehungslager eingeweiht. Die Initiative für dieses Mahnmal ging von der SPD-Fraktion aus. Der Ortsverein erarbeitet im Jahr 1988 sowohl einen Vorschlag für das Kommunalwahlprogramm 1989, sowie ein Programm für den Ortsbezirk 8 für die Jahre 1989 - 1993.



Volker Hauff, Willy Brandt und Martin Wentz bei der Abschlußkundgebung zum Kommunalwahlkampf am 8. Mai 1985

SPD

INTERN

Informationen für die Hedderheimer Sozialdemokraten

Ausgabe 3/89

152. 1989

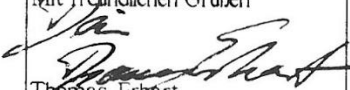
Liebe Genossin, lieber Genosse,

in diesem Rundschreiben werden hauptsächlich Termine von Veranstaltungen mitgeteilt, die noch vor der Wahl liegen.

Der Vorstand hofft auf rege Teilnahme an unseren Versammlungen, inclusive der Wahlparty, die wir am Abend des 12. 3. 1989 in der Kastellstraße durch führen. Bitte beachte alle Termine und lasse Dich einmal bei uns sehen.

Noch ist die Wahl nicht gewonnen, doch wenn wir alle an einem Strang ziehen, dann schaffen wir es diesmal.

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Erhart,
Ortsvereinsvorsitzender

INFO-STAND

**jeden Samstag
von 9. 30 Uhr bis
13.30 Uhr
im Nordwestzentrum
am Rollsteig vor der
Bank für
Gemeinwirtschaft.**

Thema Gesundheitsreform:

„Krank sein wird teuer“

öffentliche Mitgliederversammlung

mit

Martin Berg

Stadtverordneter, SPD-Fraktionsvorsitzender

im Landeswohlfahrtsverband

am Fr., 24. Februar 1989

um 20.00 Uhr

im Parteiheim, Kastellstraße 28

Noch immer beschäftigt uns die „Gesundheitsreform“. Vom Jahrhundertwerk zur großen Pleite. Das ist der Weg, den dieses Gesetzeswerk mit Minister Blüm genommen hat. Martin Berg hat sich kundig gemacht, nicht nur weil er SPD-Fraktionsvorsitzender im Landeswohlfahrtsverband ist. Als unser Stadtverordneten kandidat kommt er natürlich zu uns nach Heddernheim, um uns über die komplizierten Veränderungen, deren Auswirkungen auf die Kommunalpolitik und die Vorstellungen der Sozialdemokraten zur Reformierung des Gesundheitswesens zu berichten. Denn das, was uns Norbert Blüm da aufgetischt hat, ist sicherlich keine Reform sondern salopp gesagt eine „Krankheit“.

Bitte kommt alle. Die „Gesundheitsreform“ ist eines unserer Hauptwahlkampfthemen, hier müssen wir Flagge zeigen, auch durch eine starke Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Erhart

Am 15.4.1988 wird Lisy Alfhart 80 Jahre. Lisy Alfhart gehört seit der Neugründung 1946 dem Vorstand der Heddernheimer SPD an.

Im Juli feiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit einem großen „Frankfurter Fest“ in der Innenstadt ihr 125jähriges Bestehen. Ortsvereine aus der ganzen Bundesrepublik nehmen daran teil. Die Heddernheimer Sozialdemokraten beteiligen sich mit einer Ausstellung zu „60 Jahre Römerstadt“, die von Rosemarie Klös vorbereitet und zusammengestellt wurde. Diese Ausstellung wurde dann auch auf dem alljährlichen Straßenfest des Ortsvereins nochmals vor Ort gezeigt.

1989 bildet sich dann eine Arbeitsgruppe in der Heddernheimer SPD zur Verkehrsberuhigung im Stadtteil (wird Dauerthema bleiben). Es wird eine Fahr-



Heddernheim 2000

Heddernheim – Nord
Uni auf dem Niederurseler Hang
Welche Zukunft haben die Stadtteile
im Nordwesten ?

**Stadtrat
Hans – Erhard Haverkamp**

Baudezernent d. Stadt Frankfurt

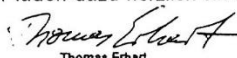
spricht auf der nächsten Mitgliederversammlung
der Heddernheimer SPD !

am 1. Juni 1988
um 20.00 Uhr
im SPD – Parteiheim, Kastellstr. 28

Themen:

- Industriepark in Heddernheim
- Wer sind die neuen Bürger Heddernheims ?
- Gibt es Konkurrenz für Heddernheimer Geschäfte ?
- Welche Infra-Struktur erhält Heddernh. – Riedwiesen ?
- Neue Verkehrsbelastungen für Heddernheim ?
- Was bringt die Uni auf dem Niederurseler Hang für die Nordweststadt und Heddernheim ?

Wir laden dazu herzlich ein !


Thomas Erhart
Vorsitzender
der Heddernheimer SPD



radtour nach Hausen und Schwanheim unternommen, um sich dort die Verkehrsmaßnahmen anzusehen.

Die Rückbaupläne des Magistrats für das Niddatal (ehemaliges Buga-Gelände) finden die volle Unterstützung des Ortsvereines.

Mit der Wahl im März 1989 bekommt Frankfurt mit Volker Hauff wieder einen SPD-Oberbürgermeister. Auch in Heddernheim wurde die SPD wieder stärkste Partei und stellt seit dem in beiden Stadtbezirken den Vorsteher.

Mitgliederversammlungen 1980 - 1989 (Auswahl)

- | | |
|------------|--|
| 29.03.1983 | „Verkehrsberuhigung in Heddernheim“ Parteiöffentliche Sitzung |
| 31.05.1983 | Ist das Schicksal der Arbeitslosigkeit unabwendbar ?“ Karl Kronawitter - IG-Metall Bezirkssekretär |
| 21.03.1984 | „Lohnt sich die Frührente ?“ „Was bringt die 35 Stunden Woche ?“ Rolf Joppen - Ges.BR-Vorsitzender Metallgesellschaft, Günter Schwarz -IG-Metall Bezirkssekretär |
| 27.06.1984 | „Was ist los in Wiesbaden ?“ Hartmut Holzapfel, MdL |
| 13.05.1986 | „Sicherheit oder Überwachung durch die neuen Sicherheitsgesetze“ Andreas von Schoeler - Staatssekretär im Hess. Innenministerium |
| 31.10.1986 | „Das neue Frankfurt“ Rundgang durch Frankfurt nach der Wende 1977
Andreas Klös und Helmut Zwecker |
| 29.09.1987 | „Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik“ Diskussion über die „Leitlinien“ und den sozialen Wandel in der Dienstleistungsgesellschaft |
| 17.11.1987 | „Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Frankfurt - heute in der Opposition- morgen in der Regierung ?“ Klaus -Dieter Streb - Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Stadtverordnetenfraktion |
| 26.04.1988 | „Arbeit für Alle- Gerechtigkeit für Jeden - gemeinsam handeln.“ Hans Grosse - IG-Metall Sekretär |

01.06.1988	„Heddernheim 2000“ Öffentliche Veranstaltung mit Hans-Erhard Haverkampf - SPD-Baudezernent
16.08.1988	„Kommunalwahlprogramm“ Dr. Martin Wentz, Vorsitzender der Frankfurter SPD
01.12.1988	„Steigende Mieten- Verdrängung von Wohnraum - 11.000 Wohnungssuchende“ Öffentliche MV Stadtverordneter Ulrich Geißler
08.08.1989	„Das neue Grundsatzprogramm der SPD“

Die 90er Jahre

Die Ereignisse in der damaligen DDR und die Öffnung der Berliner Mauer werfen Anfang 1990 ihren Schatten auch auf Heddernheim. Auf der Jahreshauptversammlung beschließt der Ortsverein eine großzügige Spende zum Aufbau einer SPD-Organisation im Kreis Stendal (heute Sachsen-Anhalt). Die gemeinsam mit zwei Ortsvereinen der Nordweststadt angeschafften Büroartikel und -maschinen und ausgediente Plakatständer werden von Genossen aus der Nordweststadt und Heddernheim an Ort und Stelle gebracht, um den dortigen Volkskammer-Wahlkampf zu unterstützen.

Die rot-grüne Koalition im Römer überträgt die Kompetenz zur Verkehrsberuhigung den Ortsbeiräten. Vor der Beschlußfassung im Ortsbeirat über die Maßnahmen in Heddernheim beschließt der OV-Vorstand ein entsprechendes Programm für Heddernheim.

Zur Vorbereitung eines Parteitages findet im September 1990 eine MV zur Wohnungspolitik statt, die ein Schwerpunkt des neuen Magistrates ist.

Der Landtagswahlkampf prägt die ersten Wochen des Jahres 1991. Das entgegen dem Landestrend enttäuschende Ergebnis der Frankfurter SPD löst eine heftige Diskussion aus. Die Kabinettsbildung in Wiesbaden macht Veränderungen im Frankfurter Magistrat nötig. Im Laufe dieses Verfahrens tritt Oberbürgermeister Volker Hauff aus Enttäuschung über den politischen Stil einzelner zurück. Der Rücktritt stürzt die Partei in eine schwere Krise, an deren Bewältigung sich auch die Hedderheimer Sozialdemokraten beteiligen. In einem internen Schreiben fordern sie von den im Römer Handelnden Konsequenzen.

In den neunziger Jahren tritt durch die Regierungsverantwortung im Römer und die Koalition im Ortsbeirat die Umsetzung zuvor beschlossener Ziele in den Vordergrund. Aber auch die Kontakte mit dem Bürger sind wichtige



*Oberbürgermeister Volker Hauff spricht
auf dem Neujahrsempfang der Hedderheimer SPD*

Inhalte. Das Kastellstraßenfest und der Neujahrsempfang erfreuen sich immer stärkerer Beliebtheit und können ihren Zweck, Distanzen zwischen Politik und Bürger abzubauen, voll erfüllen.

Im Jahre 1992 veranstaltet der Ortsverein erstmals eine Weinprobe in der Kastellstraße, zu der zum Jahresabschluß die Mitglieder und Freunde geladen sind. Diese Veranstaltungsform wurde in den darauffolgenden Jahren fortgesetzt.

Im Juni 1993 beteiligen sich auch die Hedderheimer Sozialdemokraten an der ersten Urwahl des Parteivorsitzenden. Es nehmen 93 Mitglieder (ca 2/3) daran teil. Rudolf Scharping erhält 35, Heidi Wieczorek-Zeul 33 und Gerhard Schröder 25 Stimmen.

Die Jahreshauptversammlung 1991 spricht sich für ein Multiplex-Kino über der Rosa-Luxemburg-Straße am Nordwestzentrum aus.

Wichtige Themen sind nachwievor die Verkehrsberuhigung in Heddernheim aber auch die Sanierung des ehemaligen VDM-Geländes und die dortige Verzögerung des Wohnungsbaus. Aber auch die Bebauung des Riedbergs beschäftigt den Ortsverein. Der mögliche Verkauf der Einfamilienhäuser in

der Römerstadt zum Zwecke des Wohnungsneubaus wird unter strengen Bedingungen von der Jahreshauptversammlung 1994 befürwortet. Das Thema jedoch wird dem Ortsverein erhalten bleiben.

Die Niederlage Andreas von Schoelers bei der ersten Direktwahl um das Amt des Oberbürgermeisters führt im Sommer 1995 zu einer intensiven Programm- und Strategiedebatte der Frankfurter SPD, an der sich auch die Hedderheimer beteiligen.

Schwerpunkte des Jahres 1996 sind das 50jährige Jubiläum des Parteiheims in der Kastellstraße und die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 1997.



Mitgliederversammlungen 1990 - 1995 (Auswahl)

- | | |
|------------|--|
| 22.03.1990 | "Demokratie im Aufbau" -
mit <i>Tilman Tögel</i> , Stendal |
| 24.10.1990 | "Volker Hauff kommt" - Mitgliederversammlung mit dem
Oberbürgermeister
(gem. mit Nordweststadt-OV's) |
| 17.04.1991 | "Bericht der Strukturkommission zur weiteren Arbeit der
Frankfurter SPD" |
| 30.09.1991 | "Heute für Dich - morgen für mich:
Pflegeversicherung für uns alle" - mit Armin Clauss |
| 13.05.1992 | Sozialpolitik für Frankfurt - <i>Ute Hochgrebe</i> |
| 28.09.1992 | "Bilanz: Vier Jahre sozialdemokratische Politik für
Frankfurt" - mit <i>Sozialdezernent Martin Berg</i> |
| 02.03.1993 | Frankfurts Zukunft gestalten - Öffentl. Veranstaltung mit
<i>Stadtrat Dr. Martin Wentz</i> |
| 18.05.1994 | Region Rhein-Main: Chancen und Problem -
<i>Verbandsdirektor Dr. Rembert Behrendt</i> (Gemeinsam mit
NW-Ortsvereinen) |
| 29.03.1995 | "Die Frankfurter SPD nach der Katastrophe" - <i>Sieghard
Pawlik, Unterbezirksvorsitzender</i> |
| 10.08.1995 | "Bausteine sozialdemokratischer Kommunalpolitik" |
| 25.10.1995 | Zur Krise der SPD:
"Verlust der Mehrheitsfähigkeit in den Großstädten" - <i>Dr.
Hans-Joachim Schabedoth, Mitgl. der SPD-Kommission
"Große Städte"</i> |

Die Vorsitzenden der Heddernheimer SPD seit 1945

Karl Engelhardt	1946 bis 1947
Ferdinand Hinz	1947 bis 1954
Rudi Schmitt	1954 bis 1959
Kurt Hübner	1959 bis 1960
Walter Neumann	1960 bis 1963
Rolf Joppen	1963 bis 1967
Horst Kerger	1967 bis 1974
Rolf Weber	1974 bis 1982
Ekkehard Kratsch	1982 bis 1984
Susanne Däbritz	1984 bis 1986
Erika Emge-Lieberwirth	1986 bis 1988
Thomas Erhart	1988 bis 1993
Erika Emge-Lieberwirth	1993 bis 1996
Thomas Erhart	seit Februar 1996

IMPRESSUM

Herausgeber:	SPD-Ortsverein Heddernheim Kastellstraße 28, 60439 Frankfurt am Main
verantwortlich:	Thomas Erhart, Im Burgfeld 145, 60439 Frankfurt am Main,
Chroniktext:	Christa Fischer
Anzeigen:	Christian Däbritz, Helga Diehl, Thomas Erhart
Satz:	Thomas Erhart
Druck:	Spiegler Druck, Bad Vilbel

Claudia Unterköfler

2003-2008

Stephanie Mohr-Hauke

Mustapha Lamjahdi

Lisy Alfhart

15. April 1908 -
4. Juni 1996

Lisy Alfhart, unsere langjährige Stadtverordnete und ehrenamtliche Stadträtin, ist am 4. Juni 1996 verstorben. Für den Ortsverein Heddernheim ist das ein schwerer Verlust.

Lisy trat schon 1922 der Sozialistischen Arbeiterjugend bei.

Später gehörte sie zum Kreis um Betty Arndt und Johanna Kirchner. Sie bekämpfte bereits während der Zeit der Weimarer Republik den

aufkommenden Nationalsozialismus. Nach der „Machtergreifung“ arbeitete sie als Kurier und riskierte oft ihr Leben. Für ihr Engagement im Widerstand wurde sie von der Stadt Frankfurt mit der Johanna-Kirchner-Medaille ausgezeichnet.

Am Wiederaufbau unserer Partei in Heddernheim war sie maßgeblich beteiligt. Bis in die achtziger Jahre hinein war sie im Ortsvereinsvorstand aktiv. Die Übernahme der Räume in der Kastellstraße gingen im Wesentlichen auf ihre Initiative zurück.

Von 1952 bis 1972 war sie Stadtverordnete und von 1972 bis 1977 gehörte sie dem Magistrat an. Im Römer kümmerte sie sich hauptsächlich um die Sozialpolitik. Die Frankfurter Altenclubs, die sogen. offene Altenarbeit, gehen auf ihre Initiative zurück. Sie war lange Jahre Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung und auch Präsidentin des Landeswohlfahrtsverbandes.

Lisy Alfhart hat sich Zeit ihres Lebens für unsere Gesellschaft engagiert, dabei lagen ihr die Bedürfnisse derer, die sich selbst nicht helfen konnten besonders am Herzen. Die Heddernheimer SPD wird ihr ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren.

Der Ortsvereinsvorstand



Der Ortsvereinsvorstand im Jubiläumsjahr

Vorsitzender:	Thomas Erhart, Im Burgfeld 145
Stellvertr.Vorsitzende:	Helga Diehl, Cohausenstraße 37 Jürgen Kisielowski, Mithrasstraße 80
Kassierer	Peter Koch, Augustusstraße 28
Schriftführerin	Heidi Kircher, Gerningstraße 21
Beisitzer und Beisitzerinnen:	Hüseyin Akpinar, Hessestr. 43 Christian Däbritz, Tacitusstraße 19 Erika Emge-Lieberwirth, Oranienstr. 7 Rosemarie Klös, Im Burgfeld 229 Gudrun Kühmichel, (Offenbach) Wilma Ludewig, Zeilweg 28b Lothar Mentel, Antoninusstr. 10 Hildegard Schermuly, Augustusstr. 28 Claudia Unterköfler, Im Burgfeld 114

Mitglieder des Ortsbeirates:

Christian Däbritz, Tacitusstr. 19, Tel. 230031 (Büro)
Helga Diehl, Cohausenstraße 37, Tel. 57 93 96 (priv.)
Hildegard Schermuly, Augustusstraße 28, Tel. 57 54 59 (priv.)

SPD Northweststadt-Niederursel

150
JAHRE

SPD
EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN

Wir bauen eine neue Stadt

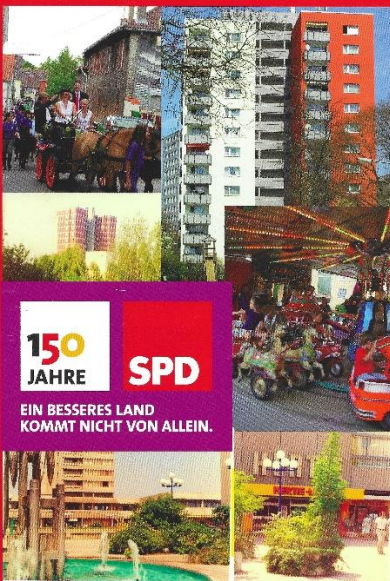
Geschichte(n) der SPD in der Frankfurter Northweststadt



SPD Ortsverein
Northweststadt-Niederursel

150
JAHRE

SPD
EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.



Das geht. Weniger Durchgangsverkehr.
Zum Beispiel für Northweststadt.






Grete von Loesch
Hausfrau, Stadtverordnete
von 1963 bis 1977.
Staatsrätin seit 1977.

Fr. Fr. Sackenheim
34 Jahre, Journalist, Stadtver-
ordneter bzw. Stadtrat seit 1956.

Dr. Rembert Behrendt
43 Jahre, Rechtsanwalt u. Notar
von 1972 bis 1977. Kreisverordneter,
seit 1977 Abgeordneter im Lan-
desparlament Frankfurt am Main.

Burkhard Sulimma
37 Jahre, Pfarrer, Stadtver-
ordneter von 1973 bis 1977.

Wir bauen eine neue Stadt...
... für die Jüngeren
Rostla Friedrichs

Die Nordweststadt:
Der Mensch steht im Mittelpunkt
Jürgen Schmidt

Die SPD in der Nordweststadt:
Rembert Behrendt, Helga Diehl,
Klaus Osterling, Josef Ulrich,
Jürgen Schmidt

**Erinnerungen einer Stadtverordneten
an unruhige Zeiten**
Grete von Loesch

Wir bauen eine neue Stadt ...
... für die Älteren
Rostla Friedrichs

Der Abenteuerspielfeld

**Die Nordweststadt war schon
immer besser als ihr Ruf!**
Ein Interview mit Klaus Osterling

**1985: Die erste rot-grüne Koalition
im Ortsbeirat**
Klaus Osterling

**Eng verbunden mit der Nordweststadt
und der Ernst-Reuter-Schule**
Erika Enge-Lieberwirth

Walter Möller

Willy Birkelbach
Luise Maria Dreßler

Ludwig von Friedeburg

Otto Brenner

Helmut Dreßler
Luise Maria Dreßler

**Wir setzen uns dafür ein, daß im Römer die
Wünsche der Frankfurter Bürger besser gehört
werden. Und daß danach auch gehandelt wird.**

**Die Frankfurter
SPD**

Impressum:

„Wir bauen eine neue Stadt“
Herausgeber: SPD-Ortsverein Northweststadt-Niederursel
c/o Helga Diehl, Louis-Pasteur-Str. 38, 60439 Frankfurt

Redaktion: Hannah de Grauw-Rusch
Layout: Michael Gerber
Foto Seite 5: OB Peter Feldmann von Herrn Frank Widmann

© SPD-Ortsverein Northweststadt-Niederursel
Frankfurt am Main 2013

Inhaltsverzeichnis		
Impressum	2	Ewald Gollner
Vorwort der Ortsvereinsvorsitzenden Helga Diehl	4	Friedrich Franz („Fri/Fra“) Sackenheim
Grußwort des Ortsvereinsleiters Peter Feldmann	5	Die Ernst-Reuter-Schule Georg Bernhardt
Die Nordweststadt: Der Mensch steht im Mittelpunkt Jürgen Schmidt	6	Schülerinnen der Ernst-Reuter-Schule Armin Claus
Die SPD in der Nordweststadt: Rembert Behrendt, Helga Diehl, Klaus Osterling, Josef Ulrich, Jürgen Schmidt	10	Wir bauen eine neue Stadt... ... für die Jüngeren Rostla Friedrichs
Erinnerungen einer Stadtverordneten an unruhige Zeiten Grete von Loesch	17	Die integrierte Gesamtschule – Motor der Bildungsreform Jürgen Schmidt
Wir bauen eine neue Stadt für die Älteren Rostla Friedrichs	19	Für uns gab es keine Alternative Helga Diehl
Der Abenteuerspielfeld	20	Prägung Ernst-Reuter-Schule Uwe Stein
Die Nordweststadt war schon immer besser als ihr Ruf! Ein Interview mit Klaus Osterling	21	Ohne Eltern geht es nicht! Hannah de Grauw-Rusch
1985: Die erste rot-grüne Koalition im Ortsbeirat Klaus Osterling	22	Nachwort
Eng verbunden mit der Nordweststadt und der Ernst-Reuter-Schule Erika Enge-Lieberwirth	23	
Walter Möller	24	
Willy Birkelbach Luise Maria Dreßler	25	
Ludwig von Friedeburg	26	
Otto Brenner	27	
Helmut Dreßler Luise Maria Dreßler	28	



Vorstandsitzung des SPD Ortsvereins Nordweststadt-Niederursel am 11. Juni 2013 im Gemeinschaftsraum der Sen-Se e.V. Niederursel



SPD-Ortsverein
Nordweststadt-Niederursel

Frankfurt, im Mai 2013

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde der SPD,

in diesem Jahr feiert unsere Partei ihr 150jähriges Bestehen. Anlässlich dieses Ereignisses wurden die Ortsvereine vom Bezirk Hessen-Süd aufgerufen an einem Wettbewerb „Du bist Geschichte – Geschichtswerkstatt“ teilzunehmen, um aufzuzeigen wie vielfältig die Grundwerte unserer Partei umgesetzt wurden.

Da die Geschichte unseres Ortsvereins eng mit der Entstehung der Nordweststadt als Raumstadt und der Ernst-Reuter-Schule als einer der ersten hessischen Gesamtschulen verbunden ist, lag es nahe, diesen beiden Bereichen größeren Platz einzuräumen.

Beide verkörpern sozialdemokratische Ideen: Gute und bezahlbare Wohnungen in einem lebenswerten Umfeld und „Bildung für alle“ in einer Schule, die sich einem reformpädagogischen Ansatz verpflichtet hat und in der heute in integrativen Klassen behinderte und nichtbehinderte Kinder auf vorbildliche Weise gemeinsam lernen.

Die Planung und Gründung der Nordweststadt erfolgte unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Dr. Werner Bockelmann (1957-1964) in Zusammenarbeit mit Dr. Hans Kampffmeyer als Planungsdezernent und Walter Möller als Verkehrsdezernent. Walter Möller wohnte von Anfang an im Stadtteil, ebenso wie Kultusminister Ludwig von Friedeburg, der als „Vater der Gesamtschulen“ gilt und bis zu seinem Tod in Niederursel gelebt hat.

Wir erzählen keine geschlossene Geschichte. Wir haben versucht, den Weg der SPD in Niederursel und in der Nordweststadt anhand von Berichten zu dokumentieren.

Im Ortsvereinsbereich haben viele bekannte Sozialdemokraten gelebt, wie oben genannt Ludwig von Friedeburg und Walter Möller. Aber auch Willi Birkelbach, Otto Brenner, Friedrich Franz („FriFra“) Sackenheim und Helmut Dreßler lebten in der Nordweststadt. Kleine Porträts erzählen etwas über diese Persönlichkeiten.

Viel Vergnügen beim Lesen!

Helga Diehl
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Nordweststadt-Niederursel

Die Nordweststadt: Der Mensch steht im Mittelpunkt Erfolgreiche sozialdemokratische Bildungs-, Wohnungs- und Sozialpolitik

15 Jahre nach Kriegsende waren die meisten Trümmer der fast vollständig zerstörten Stadt Frankfurt beseitigt. In dieser Zeit waren über 30 Siedlungen für die Ausgebombten, Flüchtlinge und Heimatvertriebenen gebaut worden. Dennoch war der Wohnraum auch Mitte der 1950er Jahre noch sehr knapp und die Nachfrage nach Wohnraum sehr groß.

Bauen – aber wo?

Da es jedoch zu der Zeit nur noch wenige Baulandreserven gab, schlugen die beiden großen Wohnungsbaugesellschaften Nassauische Heimstätte und GEWOBA, die spätere Neue Heimat, im Mai 1955 der Stadt vor, nördlich von Niederursel eine neue Wohnsiedlung zu bauen. Da die Landwirte gegen eine Bebauung ihrer Äcker waren und weil die südlich von Niederursel gelegene Fläche als Ergänzung der Römerstadt zum Teil bereits als mögliche Baulfläche ausgewiesen war, entschied die Stadt, diesen Bereich für die Nordweststadt vorzusehen.

So beschloss Anfang 1959 der Magistrat eines der ehrgeizigsten und größten Bauvorhaben der Nachkriegszeit. Auf ca. 160 Hektar Acker, Weideland und Ziegelei sollten zwischen Niederursel, Heddenheim und Praunheim 7.500 Wohnungen für 25.000 Menschen gebaut werden. Die Stadtväter wollten keine der üblichen Trabantenstädte aus dem Boden stampfen. Dieser Stadtteil sollte eine Wohnstadt werden, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientierte, mit Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Krankenhaus, Einkaufs- und Kulturzentren, Geschäften der Nahversorgung und Treffpunkten für alle Generationen.

Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Werner Bockelmann und des damaligen Planungsdezernenten Dr. Hans Kampffmeyer, den Magistrat von diesem Vorhaben überzeugt zu haben. Besonders Dr. Kampffmeyer hat sich dann maßgeblich bei der weiteren Planung und Realisierung große Verdienste erworben. Dabei wurde er vom Oberbürgermeister Werner Bockelmann und vom Verkehrsdezernenten Walter Möller unterstützt.

Bei einem solch großen Projekt war es selbstverständlich, dass ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben wurde. Im Herbst 1959 entschied eine Jury unter Vorsitz des ehemaligen Stadtbaurats Ernst May über die 66 eingereichten Entwürfe. Ein erster Preis wurde nicht vergeben. Auch der zweite Preis, den die Architekten Kirsch und Rittmann aus Tübingen erhielten, entsprach in vielen Bereichen nicht der

Idee einer Wohnstadt, wie es sich die Stadtväter ausgedacht hatten. So erhielten die drittplatzierten Architekten Walter Schwagenscheidt und Tassilo Sittmann zusammen mit dem Gartenarchitekten Erich Hanke einen Vertrag für die Planung der Nordweststadt, der auch die städtebauliche und künstlerische Leitung des Vorhabens umfasste.

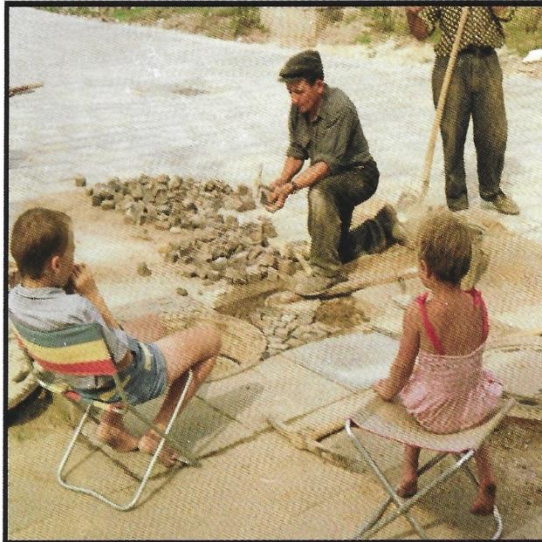
Schon 1949 hatte Walter Schwagenscheidt, Mitarbeiter von Ernst May in den 20er Jahren, seine Ideen zu einer Raumstadt in einem Buch („Die Raumstadt“ Büchergilde Gutenberg) veröffentlicht, in der der Mensch mit seinen vielfältigen Bedürfnissen im Mittelpunkt steht und lebenswerte Räume für deren Bewohner entstehen sollen (d. h. viel Grün, verschiedene Haustypen in lockerer Vielfalt gemischt, eine lebenswerte Stadt, die soziales Miteinander fördert. Anm. der Red.).



Nordweststadt im Bau

Die Baulandbeschaffung auf dem 160 ha Gebiet der geplanten Nordweststadt und die Neuordnung der Grundstücke war eine große Herausforderung für die Stadtplaner. Im Planungsgebiet lagen etwa 1.500 Parzellen, die rund 500 privaten Besitzern gehörten. Darunter waren 35 hauptberufliche, meist aus Nieder-

ursel stammende Landwirte, zwei Ziegeleibetriebe und fünf Gärtnereien. Einigen Landwirten konnte für die entfallende Erwerbsgrundlage Ersatz im benachbarten Praunheimer Hofgut angeboten werden. Auf der Grundlage eines Wertgutachtens, das die Preise je Quadratmeter mit 4,10 DM bis 10,00 DM festlegte, einigte die Stadt sich nach langen Verhandlungen mit den Eigentümern über den Grunderwerb.



**Nordweststadt im Bau –
Kinder vor der Erfindung des „Game-Boys“**

Die Zusammensetzung der geplanten 7.500 Wohnungen sollte der Frankfurter Bevölkerungsstruktur entsprechen und sozial ausgewogen sein. Neunzig Prozent waren für Geschosswohnungen vorgesehen, 10 Prozent für Einfamilienhäuser. Bei den Geschosswohnungen waren 5 Prozent Einzimmer-, 20 Prozent Zweizimmer-, 60 Prozent Dreizimmer- und 15 Prozent Vier- und Mehrzimmerwohnungen vorgesehen. Das entsprach dem Plan von Schwagenscheidt und Sittmann mit Einfamilienhäusern mit Gärten, Mehrfamilienblocks und einzelnen „Wohntürmen“, die in weitläufigen Grünzonen angeordnet waren. Vom Bungalow bis zum 14-geschossigen Wohnhochhaus war alles dabei. Auch an die älteren Menschen war mit zwei Altenwohnanlagen gedacht worden.

Baubeginn

Im Herbst 1961 war es dann so weit. Die ersten Bagger rollten an, um die Kanäle und Leitungen für Wasserversorgung, Elektrizität und Telefon zu bauen. Die ersten Straßen wurden planiert. Zehn Wohnungsbau-gesellschaften, wie die Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen, die GEWOBAG, die Aktiengesellschaft Hellerhofsiedlung und die Nassauische Heimstätte erhielten den Auftrag die 6.931 Wohnungen zu bau-

en. Auch wenn die Wohnungsbaugesellschaften dabei ihre typisierten Häuser bauten, folgten sie in den Grundrissen den Vorgaben von Schwagenscheidt. Die Siedlung ist durch große, vom Landschaftsarchitekten E. Hanke konzipierte Grünflächen in überschaubare Nachbarschaften gegliedert. Grüner Mittelpunkt der als ruhig geltenden Urbanisation ist der unter Mithilfe von amerikanischen Soldaten geschaffene und 1971 eröffnete Martin-Luther-King-Park, dessen kleiner Weiher in einer ehemaligen Tongrube liegt und dank der Initiative der damaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Grete von Loesch öffentlich zugänglich wurde.



**Willi Brundert und Hans Kampffmeyer beim
Besuch der Nordweststadt**

Zur besonderen Lebensqualität des neuen Stadtteils trägt auch die Trennung der Fuß- und Radwege von den Autostraßen bei. Breite Ringstraßen erschließen das Wohngebiet, von denen Stichstraßen zu den Wohnhäusern abzweigen. Zu diesem Verkehrskonzept gehören auch Brücken über die Ringstraßen. Parken vorm eigenen Haus war nur bedingt vorgesehen. Deswegen wurden 40 Tiefgaragen mit 2.750 Stellplätzen gebaut. Das unterirdische Parken trägt vor allem im Innern der Wohngebiete zu dem positiven von Grünflächen und Spielplätzen geprägten Erscheinungsbild bei.

Eine moderne Großsiedlung

Bis 1968 dauerte der Bau der Großsiedlung, Restarbeiten zogen sich bis 1971 hin. Alle Gebäude sind exakt in Nord-Süd- oder Ost-West-Richtung ausgerichtet, die Mehrfamilienhäuser haben überdurchschnittliche Abstände voneinander.

Die ursprünglich weißen Putzfassaden der Häuser wurden ab 1978 nach einem Farbkonzept von Tasilo Sittmann farbig gestrichen, um den Bewohnern und Besuchern eine bessere Orientierung zu bieten.



Nordweststadt im Bau – „Neubürger“ in einer entstehenden Siedlung

Der neue Stadtteil war in jeder Hinsicht ein neuer Aufbruch in die „Moderne“. So wird die gesamte Nordweststadt mit Wärme von einem Heizkraftwerk über ein Fernheiznetz versorgt. Mit dem Heizkraftwerk wurde gleichzeitig der Müll entsorgt und Strom produziert. Auf Gasanschlüsse hatte man daher verzichtet.

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

Zu diesem Konzept gehört auch das vorbildliche, zukunftsweisende Schulsystem, das sich an dem Ziel der Chancengleichheit orientierte. Mitten im Stadtteil liegt das Schulzentrum, das zunächst als Additive Gesamtschule mit Haupt- und Realschule und Gymnasium einschließlich einer Grundschule an den Start ging. Das vom Architekten Schuster geplante Schulgebäude entsprach dem Ziel der Gesamtkonzeption der Nordweststadt. Gemeinsames Lernen und eine neue an Schülern orientierte Pädagogik sollten hier vorbildlich erprobt werden. Die Schule bekam den Namen Ernst-Reuter-Schule, nach dem früheren so-

zialdemokratischen Regierenden Bürgermeister von Berlin und wurde 1969 eine der ersten Integrierten Gesamtschulen in Hessen.

Mit zum Schulsystem gehören die insgesamt neun Kindertagesstätten, die von der Stadt und den Kirchen unterhalten werden. Der Hinwendung zur neuen Pädagogik und zur Jugendarbeit entsprach auch die Gründung der Fachhochschule für Sozialarbeit im Nordwestzentrum, die Ende der 1990er Jahre zugunsten weiterer Verkaufsflächen an die Zentrale der Fachhochschule am Alleenring verlagert wurde.

Zum neuen pädagogischen Denken gehörte auch die Einrichtung eines großen alternativen Abenteuer-spielplatzes, auf dem seit den 1970er Jahren Kinder unter Anleitung von Sozialarbeitern betreut werden und u. a. auch ein eigenes Holzhaus zimmern und nutzen können.



Nordweststadt heute – Ladenzeile Ernst-Kahn-Straße – In der Römerstadt

Einkaufszentren

Es war selbstverständlich, dass die Nahversorgung der Bevölkerung sichergestellt war. Geschäftlicher Mittelpunkt wurde das 1965–68 nach einem Architektenwettbewerb von den Architekten Otto Apel, Hans Georg und Gilbert Becker errichtete und inzwischen mehrfach umgebaute und erweiterte Nordwestzentrum, das Einkaufen auf mehreren Ebenen ermöglicht.

Die etwa 150 Geschäfte werden durch verschiedene öffentliche Einrichtungen ergänzt: Bürgerhaus, Schwimmbad, Bücherei, Feuerwache, Polizeirevier, Kindertagesstätte, Jugendclub, Sozialrathaus und Meldeamt.

Daneben existiert noch ein „Kleines Zentrum“ in der Thomas-Mann-Straße. Ursprünglich war dieses „Kleine Zentrum“ architektonisch als bürgernahes Alternativangebot zum „Großen Zentrum“ gedacht. Es hat jedoch unter dem enormen Erfolg des Nordwestzentrums stark gelitten. Viele Geschäftsräume standen über längere Zeit leer, bevor sie auch Dank des von der Stadt eingerichteten Quartiersmanagements für soziale Einrichtungen, insbesondere der Kinderbetreuung, genutzt wurden.

Das zweite kleinere Einkaufszentrum im Hamarskjöldring, „Minizentrum“ genannt, wurde 2006 abgerissen. Dort entsteht soeben ein Alten- und Pflegeheim.

Verkehrsanbindungen

Zum Erfolg des Nordwestzentrums trägt auch die Verkehrserschließung bei. Zunächst gab es nur den Busbahnhof im Nordwestzentrum als Knotenpunkt für den ÖPNV von dem aus die Nordweststadt, die umliegenden Stadtteile, das Zentrum von Frankfurt und benachbarte Gemeinden mit bis zu 6 Buslinien erschlossen wurden.

1968 wurde dann mit Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert (1964-1970) die rund 8 Kilometer von der Frankfurter Innenstadt entfernte Nordweststadt an die erste Linie der neuen U-Bahn angeschlossen.



Nordweststadt heute

So konnten die Einwohner in kürzester Zeit die City, den Hauptbahnhof und den Flughafen erreichen. Es war der spätere sozialdemokratische Oberbürgermeister Walter Möller (1970-1971), der dieses zukunftsweisende Verkehrskonzept mit der Verkehrser-

schließung der Stadt durch U- und S-Bahnen auf den Weg gebracht hatte. Er durfte die erste Bahn von der Hauptwache in die Nordweststadt steuern.

1980 wurde die Nordweststadt durch eine vierstreifige Schnellstraße, die Rosa-Luxemburg-Straße, an die Bundesautobahn 66 angeschlossen. Damit wurde neben der ausgezeichneten Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch die Anbindung des Individualverkehrs an die Innenstadt erheblich verbessert.



Nordweststadt heute

Die Nordweststadt heute

Im Gegensatz zu kompakten Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre in anderen Städten ist die Nordweststadt heute in deutlich geringerem Maße von sozialen Problemen betroffen.

Trotz einiger Kritik gehört die Nordweststadt zu den lebenswertesten Trabantenstädten Deutschlands, was auf die von Sozialdemokraten geprägten städtebaulichen Grundgedanken zurückzuführen ist, wie etwa genügend Raum zwischen den Häusern für Licht und Sichtachsen, verschiedenste Wohnungstypen vom Einfamilienhaus oder Reihenhaushaus über kleinere Mehrfamilienhäuser bis zum Hochhaus, eine vernünftige Verkehrsführung und die gewollte soziale Mischung der Bewohner.

Jürgen Schmidt

Die SPD in der Nordweststadt

Der „große“ Ortsverein 1970 – 1975

Ende der 1960er Jahre war die Nordweststadt fertig, ihre Versorgung über das Nordwestzentrum und die beiden Nebenzentren funktionierte, und mit der ersten U-Bahn war eine schnelle Verkehrsverbindung in die Innenstadt hergestellt. Ein neuer Stadtteil für über 20.000 Einwohner war entstanden. Es zogen vorwiegend junge Familien mit Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten in die ausdrücklich für sozial durchmischte Bewohner geplante „Raumstadt im Grünen“ ein – junge, zukunftsorientierte und politisch aufgeschlossene Menschen. Allerdings hatte – und hat noch heute – die Nordweststadt Kritiker, die in ihr, befördert durch ihren Anblick noch ganz ohne Bäume, eine menschenfeindliche Betonwüste sahen, die ihre Bewohner krank mache. Bestärkt fühlte man sich durch eine vermeintlich weit über dem städtischen Durchschnitt liegende Selbstmordrate. Tatsächlich stützte die amtliche Statistik diese Behauptung, allerdings nur deswegen, weil sie das Nordwestkrankenhaus zur Nordweststadt zählte, in dem Patienten nach Selbstmordversuchen behandelt wurden. Ohne das Krankenhaus lag und liegt die Rate innerhalb des Frankfurter Durchschnitts. Die Einwohner der inzwischen nun wirklich grün gewordenen Stadt finden sie schön und wohnen hier gern.

Parallel dazu entwickelte sich in diesem Zeitraum die örtliche SPD. Ihre Keimzelle lag in Niederursel, einem vormals dörflichen Frankfurter Vorort mit gerade mal 4.000 Einwohnern. Die örtliche SPD-Organisation hatte kaum mehr als 20 Mitglieder und noch weniger Einfluss in dem konservativen Ort. Dies änderte sich grundlegend, nachdem mit dem



Niederursel – Blick auf die Gustav-Adolf-Kirche

Bau der Nordweststadt begonnen worden war. Unter den neuen Einwohnern waren viele SPD-Mitglieder, die einen immer größer und aktiver werdenden Ortsverein aufbauten, der nun Ortsverein Nordweststadt hieß und in dem die Niederurseler vollständig aufgingen. In dieser Aufbauphase erwarben sich die beiden Vorsitzenden Wolfgang Göbel (später Leiter des Kommunalen Gebietsrechenzentrums) und der Justitiar der IG Metall Hans Düttmann besondere Verdienste. Sehr intensiv kümmerte man sich um die zahlreichen Anfangsprobleme der Menschen im neuen Stadtteil. 1968 entsandte die Nordweststadt drei Stadtverordnete in den Römer: Hans Düttmann, Grete von Loesch und Friedrich Franz („FriFra“) Sackenheim, Chefredakteur des hr-Hörfunks.

Eine sehr große Bedeutung für den neuen Stadtteil und den SPD-Ortsverein sowie für die SPD allgemein hatte die neu gegründete und stetig weiterentwickelte Ernst-Reuter-Schule.



Ernst-Reuter-Schule – Schulfest

Es drängte sich nämlich geradezu auf, in diesem großen neuen Wohngebiet eine moderne Schule nach Maßgabe der SPD-Reformpolitik zu installieren, um den Kindern der zugezogenen Familien höhere Bildungschancen zu gewährleisten. Und so wurde die Schule zum Pilotprojekt für die Stadt und ganz Hessen. Sie war nicht nur Additive, sondern Integrierte Gesamtschule, die später noch eine dem damals üblichen Begriff von Mitbestimmung folgende Kollegiale Schulleitung erhielt. Die damit verbundenen neuen Umstände und Anforderungen, die die Eltern durchaus auch verunsicherten, brachten es mit sich, dass der Ortsvereinsvorstand sich weit mehr als nur routinemäßig mit den Problemen der Schule befassen musste. So mussten Strukturen und Ziele der neuen

Schulform immer wieder den Leuten erklärt werden, ob nun durch Verlautbarungen, Informationsstände oder Stellungnahmen. Grundlagen für solche politischen Erklärungen waren oft fachpädagogische Ausarbeitungen der Lehrer im Vorstand, damals besonders von Georg Bernhardt, dem Sprecher der Kollegialen Schulleitung. Solche Texte mussten erst in eine verständliche Sprache umformuliert werden, was Aufgabe des Rechtsanwalts Rembert Behrendt war, seit 1972 Ortsvereinsvorsitzender. Dafür bürgerte sich die Bezeichnung „rembertisieren“ ein. Aus heutiger Sicht ist kaum noch verständlich, womit der Vorstand sich alles befasst hat. Da galt es mäßigend auf einen bizarren Streit einzuwirken, den die Jusos mit den Schulsekretärinnen vom Zaun gebrochen hatten, denen sie vorhielten, sie seien nicht qualifiziert für die Teilnahme an der Debatte, weil sie kein Abitur hätten. Die Abschaffung der Zeugnisnoten musste, die Abschaffung der Rechtschreiberegeln konnte nicht erklärt werden. Dass es immer schon solche Regeln gegeben habe, so wurde gesagt, genüge als Begründung für ihre Beibehaltung nicht, weil es ja auch Kriege immer schon gegeben habe.

Schon ernster mussten wirklich gefährliche Angriffe gegen die Schulpolitik und die Schule genommen werden. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre gründeten bekannte Personen vom konservativen Flügel der CDU den Hessischen Elternverein (hev). Dessen Ziel war erklärtermaßen der Kampf gegen die hessische Schulpolitik. Seine Mittel waren demagogische Kampagnen. Um sich den Anschein der Überparteilichkeit zu geben, wurden auch halbwegs prominente Sozialdemokraten aufgenommen und als solche besonders herausgestellt. Einer von ihnen war der Gewerkschaftsjurist Gerhard Wenderoth, der seit mehr als zwei Jahrzehnten SPD-Mitglied war und in der Nordweststadt wohnte. Gegen ihn leitete der Ortsvereinsvorstand ein Parteiordnungsverfahren ein und ließ sich in diesem von seinem Vorsitzenden Rembert Behrendt vertreten. Die Schiedskommissionen von Unterbezirk und Bezirk beschlossen, Gerhard Wenderoth aus der Partei auszuschließen, weil er in übersteigter blinder Wut unhaltbare Vorwürfe erhoben habe. Die Bundesschiedskommission bestätigte den Ausschluss endgültig. Wenderoth trat dann in die CDU ein.

Die politische Verantwortung für die hessische Schulpolitik trug damals Ludwig von Friedeburg, der in der Nordweststadt wohnte. Er war von Albert Osswald in sein Kabinett als Kultusminister berufen worden, benötigte aber zur politischen Absicherung seines Amtes ein Landtagsmandat. Dieses wollte er in dem frei gewordenen Wahlkreis im Bereich der Nordweststadt erringen. Der Ortsvereinsvorstand unterstützte diese Kandidatur einmütig, weil auch die örtliche

SPD von dieser Konstellation nur gewinnen konnte. Da meldete sich überraschend ein weiterer Bewerber um dieses Mandat, der IG-Metall-Sekretär Armin Clauss, der damals in der benachbarten Römerstadt wohnte und vielen Genossen in der Nordweststadt nicht so bekannt war. In einer Mitgliederversammlung Anfang 1970 meldete sich Oberbürgermeister Walter Möller, der damals auch in der Nordweststadt wohnte, zu Wort und legte sich energisch für Armin Clauss ins Zeug, wobei er darauf hinwies, wie wichtig es sei, Gewerkschafter im Parlament zu haben. Die Abstimmung gewann dann Armin Clauss mit nur einer Stimme Mehrheit. Keiner der Teilnehmer wusste, dass damit der Grundstein für eine bedeutende politische Karriere gelegt wurde. Ludwig von Friedeburg suchte sich einen Wahlkreis im Rheingau und gewann ihn auch. Gut zwei Jahre später war es Rembert Behrendt, dem es ähnlich erging. Er bewarb sich mit Fred Zander um das Bundestagsmandat unseres Wahlkreises, unterlag jedoch deutlich, weil die mehrheitlich gewerkschaftlich orientierten Delegierten geschlossen für Fred Zander stimmten. Rembert Behrendt war dann später Verbandsdirektor des Umlandverbandes Frankfurt und Wirtschaftsstaatssekretär in Magdeburg.



Grete von Loesch und Rembert Behrendt 1978

Die immer größer werdende Mitgliederzahl sollte sich letztlich gegen den Ortsverein Nordweststadt in seiner alten Größe wenden. Bedingt durch den Zuzug hatte er schon im Jahr 1970 weit über 300 Mitglieder. Der Höhepunkt war am 1. Januar 1975 mit 672 Mitgliedern erreicht. In diesem Jahr sind dann zwar weitere 50 Mitglieder eingetreten, aber auch 70 Mitglieder wieder ausgetreten. Im Nachhinein muss man einräumen, dass ein Ortsverein dieser Größenordnung ehrenamtlich nicht mehr effektiv zu verwalten war. Dies galt damals vor allem für die Beitragskassierung, die überwiegend im Einzug von Bargeld bei Hausbesuchen bestand. Mehrere gewählte Kassierer hatten bisweilen bis zu 20 Unterkassierer, denen wiederum weitere Helfer zur Seite

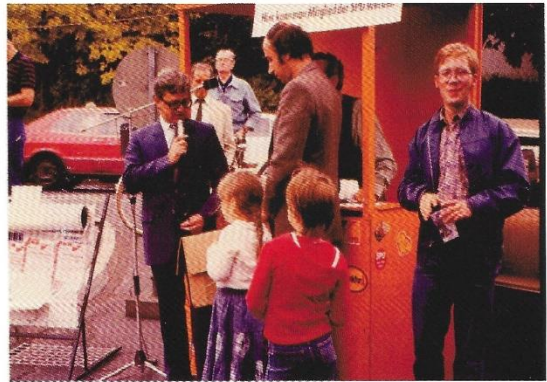
gestellt wurden. Und dennoch rügten die Revisoren Jahr für Jahr Lückenhaftigkeit und Versäumnisse der Kassierung und forderten dringend Gegenmaßnahmen, die der Vorstand mangels Personal aber nicht treffen konnte. Wegen der großen Teilnehmerzahl waren Mitgliederversammlungen, vor allem aber Jahreshauptversammlungen kaum noch befriedigend durchzuführen. Zur Jahreshauptversammlung 1974 waren 172 (!) Mitglieder erschienen. Diskussionsbeiträge waren kaum zu verstehen, Wahlvorgänge und Auszählungen verliefen chaotisch. So war es durchaus verständlich, dass der Unterbezirksvorstand über eine Teilung des Ortsvereins nachzudenken begann. Der Ortsverein war dennoch gegen eine Teilung; wollte man doch eine bedeutende Machtposition im Frankfurter Parteigefüge nicht verlieren. Drei Jahreshauptversammlungen verabschiedeten entsprechende Resolutionen. Als Kompromiss wurde eine Halbierung vorgeschlagen. Der UBV beschloss jedoch im Oktober 1975, aus dem alten Ortsverein Nordweststadt drei neue entstehen zu lassen: die Ortsvereine Nordweststadt I-Niederursel, Nordweststadt II und Nordweststadt III. Im Jahre 2007 schlossen sich die ersten beiden Ortsvereine wieder zusammen zu „Nordweststadt-Niederursel“. Der Ortsverein III blieb als „Nordweststadt-Süd“ ein selbständiger Ortsverein.

Der Ortsverein Nordweststadt I-Niederursel 1976 – 2007

Die konstituierende Sitzung des neuen Ortsvereins Nordweststadt I fand am 16. Januar 1976 im Saal der Gaststätte „Zu den Drei Raben“ in Niederursel statt. Nach einer lebhaften Debatte kam es unter der Versammlungsleitung des damaligen Stadtverordneten Hans Düttmann zur Wahl des neuen Vorstandes. Vorsitzender blieb der bisherige Vorsitzende des großen Ortsvereins, Rembert Behrendt. Stellvertreter wurde der Gewerkschafter Erwin Emge. Der Ortsverein hatte 165 Mitglieder.

Im Vorfeld der Wahl war es zu „intensiven Vorbereitungen“ seitens der damals auch auf Ortsvereins-ebene wichtigen Parteiflügel gekommen. Ausweislich des Wahlergebnisses wurde die langjährige und von allen respektierte Stadtverordnete Grete von Loesch bei der Beisitzerwahl als einzige von beiden Parteiflügeln mit gewählt. Die deutliche Niederlage des „Linken“ Jürgen Schmidt gegen die „Rechte“ Erika Emge bei der Schriftführerwahl dokumentierte dagegen die innerparteiliche Ausrichtung des Ortsvereins. Letztlich hatte Erwin Emge, wie meistens, erfolgreich die Mehrheiten organisiert und am meisten mobilisiert.

Neben dem traditionellen Kinderfest im Martin-Luther-King-Park, das wieder von über Tausend Kin-



Schüttgrabenfest

dern besucht wurde, richtete der neue Ortsverein am 18. September 1976 zum ersten Mal ein Straßenfest in der Schüttgrabenstraße in Niederursel aus. Ebenso neu war ein sich über drei Sonntage (!) hinziehendes Skatturnier („Herzbube von Niederursel“). Ein Schaufenster der Drogerie Schiebener in Alt-Niederursel wurde angemietet, für das der Ortsverein eine „Wandzeitung“ herstellte. Die neuen Aktivitäten führten dazu, dass die Teilung des Ortsvereins als Erfolg gewertet wurde. Am 15. August 1976 hatte der Ortsverein 221 Mitglieder und somit den jemals erreichten höchsten Stand.

Im nächsten Jahr wurde Jürgen Schmidt als Nachfolger von Rembert Behrendt, der wegen seiner vielfältigen anderen Verpflichtungen nicht mehr angetreten war, zum neuen Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. Jürgen Schmidt sollte diese Funktion für acht Jahre ausfüllen.

Bei der Kommunalwahl wurden Grete von Loesch als Stadtverordnete und Rembert Behrendt als Umlandverbandsabgeordneter wiedergewählt. Im Ortsbeirat war der Ortsverein mit Rembert Behrendt und Helmut Leidig vertreten. Rembert Behrendt verlor allerdings aufgrund des Wahlergebnisses das Amt des Ortsvorstehers und übernahm stattdessen die Funktion des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Ortsbeirat 8, sein Stellvertreter wurde Helmut Gärtner (Ortsverein Nordweststadt-Stadt II).

Im Jahre 1978 bewegten zwei Probleme den Stadtteil: Dem Sportverein TSG 98 war zugesagt worden, Tennisplätze in Heddernheim an der Nidda zu bauen. Dagegen erhob sich großer Widerstand. Schließlich wurde der TSG angeboten, die Tennisplätze auf dem Gelände der geplanten Bezirkssportanlage am Praunheimer Weg zu errichten, wogegen sich jedoch die Landwirte wegen des Verlustes an landwirtschaftlicher Fläche wandten. In Hinblick auf die der TSG gegebenen Zusagen wurde diese Planung dann jedoch realisiert. Die Planung für die Bezirkssportanlage wurde später im Einverständnis zwischen allen Parteien aufgegeben.

Schließlich begann die Stadt, nachdem es beim Urselfbach mehrfach zu großen Überschwemmungen gekommen war, mit der Planung eines Regenrückhaltebeckens auf Frankfurter Gemarkung nördlich von Niederursel. Im Bereich Niederursel sollte der Urselfbach begradigt und teilweise verrohrt werden. Ortsverein und Ortsbeiratsfraktion lehnten sowohl das Regenrückhaltebecken als auch die „Entnaturierung“ des Urselfbachs ab. Erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen wurden diese unsinnigen Pläne dann eingestellt und stattdessen mehrere kleinere Maßnahmen im Oberlauf realisiert.

Der Ortsverein initiierte weitere Veranstaltungen: den „Tanz in den Mai“ in der Turnhalle der TSG Nordwest im Weißkirchener Weg unter dem Motto „90 Jahre 1. Mai“, sowie jeden Mittwoch einen Stammtisch in der Gaststätte Nord-West im Kleinen Zentrum.

Die ganzen Jahre hatten Konflikte um die Ernst-Reuter-Schule I die Diskussion im Stadtteil bestimmt. Das dortige Modellprojekt „Kollegiale Schulleitung“, eingesetzt aus einer antiautoritären Grundhaltung, erwies sich zunehmend als unfähig, die Schule zu leiten.

Schließlich zog der (sozialdemokratische) Kultusminister die Notbremse, löste die Kollegiale Schulleitung auf und setzte eine neue Schulleitung ein. Der Vorstand des Ortsvereins gab dazu folgende Presseerklärung ab: „Der Vorstand des Ortsvereins Nordweststadt I-Niederursel stimmt der Einsetzung einer neuen Schulleitung an der Ernst-Reuter-Schule I zu. Er begrüßt es, dass der Kultusminister mit dieser Maßnahme die andauernden personellen Konflikte unter der Lehrerschaft beendet hat, die einen geordneten Unterricht und das Ansehen der Schule zu gefährden drohten. Der Vorstand meint, dass diese Maßnahme gute Aussichten für eine Verbesserung der Verhältnisse an der Schule hat, nachdem auch der Elternbeirat seine Unterstützung zu erkennen gegeben hat“. Seitdem hat sich das Ansehen der Schule kontinuierlich verbessert. An der Ernst-Reuter-Schule II blieb das Modell der Kollegialen Schulleitung fortbestehen bis zur Auflösung durch Kultusministerin Karin Wolff (CDU) im Jahre 2005.

Der Ortsverein hat sich im Übrigen für einen Erhalt der Schulsozialarbeit an der Ernst-Reuter-Schule eingesetzt und dies auch erreicht. Im Januar 1983 fasst der Ortsvereinsvorstand einen Beschluss, in dem sich der Ortsverein „in Anbetracht der gesunkenen Schülerzahlen“ für den Zusammenschluss der Ernst-Reuter-Schulen I und II zu einer einzigen integrierten Gesamtschule aussprach, wobei die Ernst-Reuter-Schule I auf die Sekundarstufe II (Gymnasiale Oberstufe) zu reduzieren sei.

Im Jahre 1981 kam es zu einer einschneidenden Veränderung in der Arbeitsplatzstruktur des Ortsbezirkes: Der Unternehmensvorstand gab die Schließung des Hedderheimer Werkes der „Vereinigten Deutschen Metallwerke (VDM)“ bekannt. 18 Ortsvereinsmitglieder beteiligten sich an Flugblattaktionen. Alle Protestaktionen scheiterten jedoch. Heute befindet sich an dieser Stelle das Mertonviertel, das zum Gebiet des Ortsvereins Nordweststadt-Niederursel gehört.

Im Jahre 1983 veranstaltete der Ortsverein unverändert den Tanz in den Mai, das Kinderfest, das Schüttgrabenfest und den Preisskat, sowie zum ersten Mal ein Grillfest zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt in der Altenwohnanlage am Eduard-Bernstein-Weg. Dazu konnte das langjährige Mitglied Josef Lichtenstein für die musikalische Umrahmung gewonnen werden, wofür er jedes Jahr zur Verfügung stand, solange die Veranstaltung durchgeführt wurde.

Am 22. Mai 1984 beschloss der Ortsverein einen „Kommunalpolitischen Forderungskatalog“ zur Kommunalwahl 1985. Zwei zentrale Punkte waren die Forderung nach dem baldigen Bau der Ortsumfahrung Niederursel und den Bau eines Lärmschutzwalls an der A5.

Bei der Jahreshauptversammlung 1985 kam es zum zweiten Mal nach der Gründung zu einem Wechsel im Ortsvereinsvorsitz. Jürgen Schmidt verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Klaus Oesterling wurde zu seinem Nachfolger gewählt. Die Jahreshauptversammlung sprach sich für die Bildung einer rot-grünen Koalition im Ortsbeirat aus, allerdings unter gewissen Bedingungen, u. a. die Forderung nach einem SPD-Ortsvorsteher und den Bau der Ortsumfahrung, die von den GRÜNEN abgelehnt wurde. Die Verhandlungen mit den GRÜNEN fanden unter Federführung von Helmut Gärtner vom Ortsverein Nordweststadt II statt.

Weiter beschäftigte sich der Ortsverein mit dem Plan, auf dem Niederurseler Hang einen großflächigen Landschaftszoo zu errichten. Der Ortsverein positionierte sich positiv zur Zoo-Planung. Jahre später wurde diese dann durch die Riedberg-Planung obsolet. Eine weitere Forderung war der Bau der D-Linie als U-Bahnverbindung zwischen Ginnheim und Bockenheim.

In den nachfolgenden Jahren gab es neue kommunalpolitische Themen im Stadtteil: Der Bebauungsplan für das „Tankstellendreieck/Taunushof“-Gelände, die geplante Abfahrt über den Schwarzen Platz und die Verzögerungen bei der Bebauung des VDM-Geländes durch die Altlasten. Das heruntergekommene Nordwestzentrum hatte inzwischen der Kauf-

mann Georg Faktor übernommen, der im Rahmen der Revitalisierung unter anderem den Bau eines Großkinos plante. Auch der Konflikt um die Ortsumfahrung Praunheim begann wieder aufzuflackern. Der Vorschlag des (rot-grünen) Magistrats: Die Ortsbeiräte sollen sich auf eine gemeinsame Lösung verständigen.

Die Öffnung der Mauer und der damit einhergehende Zusammenbruch der DDR beeinflussten natürlich auch die Arbeit im Ortsverein. Eine Mitgliederversammlung im Dezember 1989 diskutierte über „Die Folgen der Entwicklung in der DDR für die Bundesrepublik und Europa“. Rembert Behrendt hatte Kontakt hergestellt zu dem in der DDR neu gegründeten Kreisverband Stendal. Eine Spendensammlung ergab eine Summe von insgesamt ca. 12.000 DM. Davon wurden u. a. vier Schreibmaschinen, ein Kopierer, ein PC mit Drucker, ein Sortierer für mehrseitige Schriftstücke, eine Anlage für Lautsprecherdurchsagen, ein Megaphon und vieles mehr besorgt. Im Februar 1990 überbrachte eine Delegation unter Leitung von Rembert Behrendt diese Materialien nach Stendal. Bei einem Gegenbesuch am 22. März 1990 referierte der Kreisvorsitzende von Stendal, Tilman Tögel, über die Entwicklungen in der ehemaligen DDR.

In der Jahreshauptversammlung 1992 beschloss der Ortsverein mit dem benachbarten Ortsverein Nordweststadt II Gespräche über eine Zusammenlegung der Ortsvereine aufzunehmen – es sollte aber noch viel Wasser den Urselbach hinab fließen, bis dieser Beschluss Realität wurde.

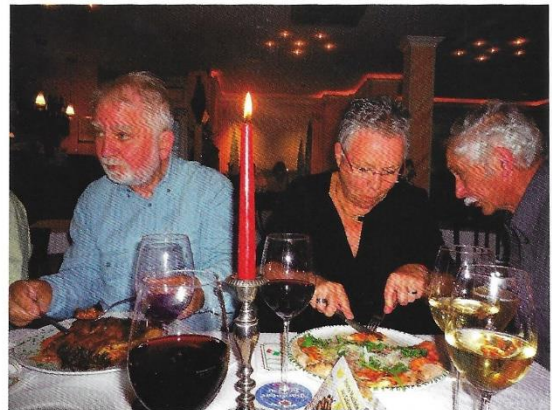
Am 3. Juni 1992 diskutierte der Ortsverein im Clubraum der Gaststätte der TSG Nordwest über die Vorschläge des Ortsvereins zum Kommunalwahlprogramm und die Aufstellung der Ortsvereinskandidaten. Aufgestellt wurden für die Stadtverordnetenversammlung Klaus Oesterling, für den Verbandstag des Umlandverbandes Rembert Behrendt und für den Ortsbeirat Irmgard Behrendt, Jürgen Schmidt und Elly Leidig. Das Programm schloss an das Programm von 1989 an. Schwerpunkte waren die Gestaltung des Neubaugebietes Heddernheim-Nord, der weitere Ausbau der Universität auf dem Niederurseler Hang einschließlich des damals geplanten Botanischen Gartens, der Landschaftszoo auf dem Niederurseler Hang, die Gestaltung der Urselbachaue, der Lärmschutz an der A5 und die Forderung nach mehr Kindergarten- und Hortplätzen. Angesichts der zunehmenden Bevölkerungszahlen wurde die Forderung nach zusätzlichen Wohnflächen im Wahlkampf immer deutlicher. In dieser Situation machte Planungsdezernent Martin Wentz zu Beginn des Jahres 1993 den Vorschlag, die bisher für den Landschaftszoo vorgesehenen Flächen auf dem Nie-

derurseler Hang nicht für den Zoo, sondern für ein neues Wohngebiet zu verwenden (heutige Riedbergbebauung). Für den Zoo wurde später eine Fläche zwischen der A5 und Steinbach vorgesehen, was aber inzwischen wieder aufgegeben wurde.

1994 war ein ereignisreiches Jahr. Jürgen Schmidt wurde zum Oberbürgermeister von Backnang gewählt, Rembert Behrendt ging als Staatssekretär nach Sachsen-Anhalt. Klaus Oesterling gab den Vorsitz ab. Sein Nachfolger wurde Christian Rusch.

Da die Baumaßnahmen an der Urselbachbrücke immer näher rückten, bemühte er sich insbesondere – zusammen mit Josef Ullrich vom Ortsverein Nordweststadt II – um den Lärmschutz an der A5. Als Erfolg dieser Bemühungen können die Ortsvereine die Lärmschutzwand auf der neuen Urselbachtalbrücke verbuchen, die im Vorgriff auf den 8-spurigen Ausbau installiert wurde.

Es waren auch Christian Rusch und Josef Ullrich, die die Fusion der beiden Ortsvereine weiter vorantrie-



Ortsverein nach der Fusion - Christian Rusch, Hannah de Graauw-Rusch, Josef Ullrich

ben, die dann in 2007 unter der neuen Vorsitzenden Helga Diehl besiegelt wurde.

Denn nach langen Jahren männlicher Leitung hatte sich der Ortsverein modernen Zeiten angepasst und 2004 die erste weibliche Vorsitzende Christine Schmolck gewählt. Ihr folgte 2005 Helga Diehl. Sie wurde 2007 auch Vorsitzende des neuen Ortsvereins Nordweststadt-Niederursel.

Der Ortsverein Nordweststadt II 1976 – 2007

Erster Vorsitzender des Ortsvereins Nordweststadt II wurde 1976 Georg Bernhardt, ihm folgten bis zur Fusion 2007 Winfried Dahlemanns, Peter Schermer, Dieter Kellermann, Helmut Linde, Helmut Gärtner und Josef Ullrich (1994 – 2007).

Der „Zweier“ war der zweitgrößte der drei Ortsvereine in der Nordweststadt. Kontinuierlich ging aber die Mitgliederzahl zurück. 1988 waren es noch 118 und zuletzt nur noch 43. Das war dann der Grund zur Fusion mit dem Ortsverein Nordweststadt I-Niederursel am 23. März 2007 im Vereinshaus des SV Niederursel.



1998 - Vorstand des OV II

Vor der Fusion setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen: Josef Ullrich (Vorsitzender), Lutz Ullrich (stellvertretender Vorsitzender), Theo Schröder (Kassierer), Rita Peter (Schriftführerin). Beisitzerinnen und Beisitzer waren Helga Schröder, Ute Ullrich, Gerd Braun, Helmut Linde und Berthold Möller. Große Verdienste erwarb sich Theo Schröder in den über 20 Jahren als Kassierer.

Der Ortsverein hatte prägende Mitglieder in seinen Reihen. Armin Clauss war DGB-Landesvorsitzender, Landtagsabgeordneter, Sozialminister des Landes Hessen und Landtags-Vizepräsident. Für seine Verdienste erhielt er die Ehrenplakette der Stadt Frankfurt. Heute ist Armin Clauss stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat des Klinikverbundes Agaplesion. In seinem Ortsverein ist er noch immer aktiv, u. a. als Laudator bei den Jubilarehrungen.

Friedrich Franz („FriFra“) Sackenheim, hr-Chefredakteur, Stadtverordneter, ehrenamtlicher Stadtrat und Stadtältester, war ebenfalls Mitglied dieses Ortsvereins. Er war Mitbegründer der Walter-Kolb-Stiftung und wurde mit der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt geehrt.

In diese Reihe gehört auch der Name Helmut Gärtner. Er war lange Jahre Ortsvorsteher im Ortsbeirat 8, handelte im Jahre 1985 die erste rot-grüne Koalition auf Ortsbeiratsebene aus und war von 1994 bis 1998 Erster Stadtrat in Eschborn.

Es war ein recht reger Ortsverein. Im Bundestagswahlkampf 1998 produzierte der Ortsverein zusammen mit den Jusos eine CD. Diese CD fand sogar die Aufmerksamkeit der Süddeutschen Zeitung. In der Kolumne „Das Streiflicht“ auf der Titelseite, stand eine amüsante Betrachtung über die heutigen Jusos. Lutz Ullrich war damals Vorsitzender der Frankfurter Jusos.

Auf Grund der guten Vereinskasse spendete der Ortsverein für die Bosnien-Flüchtlinge und die Opfer der Flutkatastrophen an Elbe und Donau 2002. Er unterstützte den Bau des Vereinsheimes des SV Niederursel durch Erwerb von Bausteinen und den Hedderheimer Fastnachtzug durch den jährlichen Erwerb einer Aktie.

Auch politisch bekannte der Ortsverein Farbe: Er sprach sich als einzige Partei im Ortsbezirk von Anfang an für die Riedbergbebauung aus und befürwortete von Anfang an den Flughafenausbau. Die Ortsumfahrung Praunheim wurde nicht kompromisslos abgelehnt. Regelmäßig wurden Anträge bei Unterbezirksparteitagen zur Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, sowie zur Parteiorganisation gestellt, u. a. eine kritische Anfrage zur Frauen-Quote in der SPD: Was hat sie uns gebracht? Bei der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen (ASF) gab es helle Aufregung: Die ASF-Vorsitzende Ulli Nissen überreichte dem Ortsverein eine Rote Laterne.

Ein zentrales Thema war der Lärmschutz an der A5. Ein gemeinsamer Erfolg der Ortsvereine I und II war die Installation der Lärmschutzwand auf der neuen Urselbachtalbrücke.

Veranstaltungen und Infostände in den Wahlkämpfen im Nordwestzentrum wurden mit den Nachbarortsvereinen durchgeführt. Alljährlich gab es eine Weihnachtsfeier für die Mitglieder. Und auch die gute Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt ist hier zu erwähnen.

Der Ortsverein Nordweststadt-Niederursel Seit 2007

In der Mitgliederversammlung 2007 wurde die Fusion beschlossen. Helga Diehl wurde Vorsitzende des neuen Ortsvereins, Josef Ullrich und Irmgard Behrendt stellvertretende Vorsitzende. Mit dem Zusammenschluss änderte sich auch der Name.

Aus Nordweststadt I und II wurde Nordweststadt-Niederursel, mit etwas über 100 Mitgliedern und damit der mitgliederstärkste Ortsverein im Ortsbezirk 8. 2009 trat Irmgard Behrendt zurück, Uwe Stein wurde ihr Nachfolger.

Seit der Kommunalwahl 2011 ist der Bereich Nordweststadt-Niederursel mit drei Personen in der fünf Mitglieder zählenden Ortsbeiratsfraktion vertreten: Jürgen Schmidt als Fraktionsvorsitzender, Helga Diehl als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Uwe Stein, der auch für das Stadtparlament kandidiert hatte.



Niederurseler Kerb – Wagen des Bürgervereins

Auch in anderer Hinsicht hat sich einiges getan in den letzten Jahren. Die Niederurseler SPD ist eine feste Größe im Stadtteil geworden. Etliche Vorstandsmitglieder engagieren sich in den örtlichen Vereinen, wie z. B. Förderverein der Gustav-Adolf-Kirche, Freiwilliger Feuerwehr, Arbeiterwohlfahrt Nordwest, Bürgerverein und TSG Nordwest. Bei Veranstaltungen und Festen, z. B. bei der Niederurseler Kerb, sind immer mehrere „Sozis“ zu finden. Sie sind bekannt und gern gesehen und die Bürger wissen, dass sie oder die Niederurseler Ortsbeiratsmitglieder geeignete Ansprechpartner bei Problemen sind.

Zur Präsenz im Stadtteil zählt selbstverständlich auch das jährliche Herbstfest, zu dem alle Vorstände der örtlichen Vereine und Organisationen, sowie Vertreter der Nachbarortsvereine, eingeladen werden. Die

Anzahl der Besucher wächst in jedem Jahr. Das liegt sicher nicht nur an den politischen Ansprechpartnern, oder dem Unterhaltungsprogramm, sondern bestimmt auch an unserem wunderbaren Büffet und den guten Getränken.

Seit eineinhalb Jahren führen wir wieder einen monatlichen Stammtisch im „Lahmen Esel“ durch. Die Stammtische sind in den meisten Fällen thematisch besetzt. Mitglieder und interessierte Bürger sind immer herzlich eingeladen.

Dies gilt auch für das „Sommerprogramm“. Oft verbunden mit einer Führung, einer Besichtigung, sowie z. B. 2011 mit einem Krimispaziergang und anschließender Lesung mit Lutz Ullrich.



Internationaler Frauentag im Titusforum

Seit nunmehr fünf Jahren engagieren sich die SPD-Frauen bei der Feier zum Internationalen Frauentag am 8. März. In diesem Jahr (2013) fanden fast 100 Frauen aus vielerlei Nationen den Weg in das Titusforum. Bei Kaffee, Kuchen und einem internationalen Büffet, das von den Teilnehmerinnen gespendet wird, genießen sie das Kulturprogramm und die intensiven Gespräche, bei denen sie sich näher kommen.

Zu unseren besonderen Veranstaltungen gehört die meistens im Herbst durchgeführte Ehrung unserer Jubilare. Für diesen, für den Ortsverein wichtigen Anlass, sind wir seit einigen Jahren zu Gast bei der Freiwilligen Feuerwehr Niederursel. Wir freuen uns, dort feiern zu können und Armin Clauss, der traditionell die Ehrungen vornimmt, einen entsprechenden Rahmen zu bieten.

Es ist dem Ortsverein zu wünschen, dass die Arbeit erfolgreich weitergeht, dass es immer Menschen gibt, die sich engagieren, und dass die 2013 anstehenden Wahlen für die SPD im Bund, Land und in der Stadt (natürlich besonders im Stadtteil), gute Ergebnisse bringen.

Ein Beitrag von Rembert Behrendt, Helga Diehl, Klaus Oesterling, Jürgen Schmidt und Josef Ullrich.

Erinnerungen einer Stadtverordneten an unruhige Zeiten

1964 waren wir, Vater, Mutter, zwei kleine Kinder, in die Nordweststadt gezogen. Wir waren überglücklich endlich eine etwas größere Wohnung mit Kinderzimmer zu haben. So wie uns ging es den meisten Zuzüglern. Endlich eine eigene Wohnung und nicht mehr bei den Eltern wohnen müssen. Wenn andere die Bauweise, Hochhäuser und Flachdächer ablehnten und von „Wildweststadt“ redeten, dann fanden wir das nur komisch.

Auch dass es noch keinerlei Infrastruktur gab, keine Einkaufsmöglichkeiten, keine sauberen Wege, keine Verbindung in die Innenstadt außer einem provisorischen Bus, das störte zwar, konnte einem aber die Freude an der neuen Wohnung nicht vermiesen. Und der Mangel an Kindergärten und Schulen? Das würde schon werden!

Schließlich war geplant die beiden vorhandenen Grundschulen zu erweitern und zwei weitere zu bauen – und in der Mitte der Nordweststadt ein großes Schulzentrum für die weiterführenden Schulen mit Förderstufe, Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzweig. Die ersten Baumaßnahmen im Praunheimer Weg konnte man bald bewundern.

Um die Bewohner ständig auf dem Laufenden zu halten, gaben interessierte Bürger eine kostenlose Zeitung, die „Nordweststadtzeitung“ heraus, ehrenamtliche Mitarbeiter waren die Pfarrer der evangelischen und katholischen Kirche, Hans Düttmann und ich. Bald gründete sich auch der Kultur- und Geselligkeitsverein, der vor allem Volksfeste organisierte.

Die Parteien SPD, CDU und FDP nahmen bald ihre Arbeit auf. Somit war für die politische Information, Betätigung und Auseinandersetzung gesorgt. Und an letzterer bestand kein Mangel: Die CDU kritisierte den Bau der Wohnungen durch die großen Wohnungsbaugesellschaften und das Nordwestzentrum als viel zu groß mit zu wenig Privateigentum. Die SPD stand voll hinter dem Bau der Nordweststadt und dem Zentrum in der gewählten Form. Die CDU wollte weniger Kindertagesstätten in öffentlicher Hand, die SPD setzte sich dafür ein. Die CDU war gegen die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, die SPD kämpfte dafür, sie war – im Gegensatz zur CDU – vor allem für die flächendeckende Einführung der Förderstufe, überhaupt für eine weitgehende Schulreform.

Seit 1969 war ich SPD-Stadtverordnete und hatte Gelegenheit an allen Diskussionen aktiv teilzunehmen. Im Rückblick stehen mir auch heute noch die Haare zu Berge, wenn ich an die unsäglichen Auseinandersetzungen um den Kita-Ausbau und um die Ernst-Reuter-Schule denke.

Kindergärten waren rar, nicht nur in der Nordweststadt, aber hier ganz besonders. Kindergärten wurden damals noch nicht als notwendige Bildungseinrichtung gesehen, sie galten eher als soziale Hilfe für Familien und vor allem alleinstehende Frauen, die aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten mussten. Wer damals die berufstätige Frau propagierte und die Erziehung im Kindergarten wurde vom politischen Gegner aufgefordert in die DDR zu gehen: Öffentliche Erziehung gleich Kommunismus.

Wir SPD-Frauen hatten ein anderes Frauenbild und ständig mehr Kindergärten angemahnt. Wir waren sehr angetan von der Absicht des Magistrats kurzfristig 48 neue Kindertagesstätten, über die Stadt verteilt, zu bauen. De- und remontierbare Fertigbauten sollten es sein, weil es im bisherigen Bauverfahren viel zu lange gedauert hätte.



Grete von Loesch und Erwin Emge – Schüttgrabenfest 1978

Auch die Nordweststadt wurde bedacht. Dieses wurde nicht nur ein Hort der Freude, im Gegenteil. Mehrmals in der Woche erreichten mich Klagen, Beschwerden, Hilferufe, auch Beschimpfungen. Die jungen, frisch ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher, häufig Teilzeitkräfte, seien nicht akzeptabel, unzuverlässig, erledigten ihre Obliegenheiten nicht korrekt, ihr anti-autoritärer Stil sei nicht erwünscht, eine Zumutung. Sicher waren viele Klagen berechtigt, arbeitende Mütter waren mit Recht verärgert, wenn die Kinder verdreckt, ohne Schularbeiten gemacht zu haben, abends nach Hause kamen.

Hauptquelle der Klagen waren die unterschiedlichen Auffassungen über Erziehung. Die so genannte anti-autoritäre Erziehung hielt Einzug in die neuen Kitas, zum Entsetzen vieler altbewährter Erzieherinnen und Erzieher im Stadtschulamt und in den bestehenden Kitas, vieler Eltern und Großeltern. Nicht ein braves, angepasstes Kind sollte erzogen werden, sondern ein starkes, selbstbewusstes Kind, das sich für seine eigenen Interessen einzusetzen lernt.

Und die Stadtverordnete? Manchmal, wenn zum Rapport beim Elternabend eingeladen wurde, beschlich mich die konservative Gemütsstimmung: Man könne mich doch ein bisschen mehr achten und etwas freundlicher behandeln. Respekt nennt man das heute. Höhepunkt des nun auch auf politischer Ebene ausgetragenen Streits war ein turbulentes Hearing über Kindertagesstätten im Rathaus Römer.



Nordwestzentrum – Kindertagesstätte

Die Ernst-Reuter-Schule, geplant und gebaut als Schulzentrum, dann Additive und später Integrierte Gesamtschule, war vielen Bewohnern Wunschschule, anderen ständiger Stein des Anstoßes. Als eine der ersten Integrierten Gesamtschulen genoss sie bundesweit hohe Aufmerksamkeit.

Die Schule hatte es von Anfang an schwer, innerhalb von wenigen Jahren wuchs sie von 88 auf 2.200 Schüler. Die Folge war ständige Raumnot, Auslagerungen, ständiger Lehrkräftemangel, Stundenausfall vor allem nach den großen Ferien, wenn ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer zur Lehrerfortbildung fuhr.

Die Lehrerschaft selbst war häufig zerstritten. Einerseits gab es die jungen, engagierten Lehrerinnen und Lehrer, die von der neuen Schulform überzeugt waren, dafür kämpften und ständig Mehrarbeit leisteten. Es gab aber auch andere, die in Ruhe im althergebrachten Stil ihrer Arbeit nachgehen wollten.

Streitpunkte gab es mehr als genug: Neue Lehr- und Lernmethoden, neue Fächerkombinationen, Wahlfreiheit, vor allem die Erziehungsziele. Wie in den Kitas waren nicht fleißige, rücksichtsvolle, angepasste Schülerinnen und Schüler das Ziel, sondern starke, selbstbewusste, selbstbestimmte, auch widerständige Persönlichkeiten. Einige wenige Lehrkräfte hielten die Schule für eine gesellschaftsverändernde Institution.

Es waren politisch unruhige Zeiten in den 70ern. Es gab Lehrer- und Schülerstreiks, nicht nur an der Ernst-Reuter-Schule, aber diese wurde ständig beobachtet. Alles, was dort passierte wurde zwecks Stimmungsmache von der CDU hochgezerrt und sowohl im Hessischen Landtag als im Frankfurter Stadtparlament lautstark behandelt.

Trotzdem wurde an der Schule gute Arbeit geleistet. Kindern, in deren Elternhäusern ein höherer Schulabschluss nicht üblich war, wurden zum Abitur geführt. Vor allem Mädchen, deren Ziel die „Mittlere Reife“ war.

Für meine beiden Kinder war der Besuch der Ernst-Reuter-Schule selbstverständlich. Nie hatte ich den geringsten Zweifel, dass diese die richtige Schule sei. Meine Kinder sehen das auch heute noch so.

Grete von Loesch

Grete von Loesch wurde in 1926 in Köln geboren. Seit 1945 ist sie Mitglied der SPD. Von 1969 bis 1989 war sie SPD-Stadtverordnete und Stadträtin. Sie war u. a. Vorsitzende des Schulausschusses.

Die Nordweststadt war schon immer besser als ihr Ruf!

Ein Interview mit Klaus Oesterling

Seit wann bist Du in der SPD? Und welche Funktionen hast Du bekleidet?

Ich bin 1975 in die SPD eingetreten. Da hatte gerade die Teilung des großen Ortsvereins stattgefunden. 1983 wurde ich stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Nordweststadt I – Niederursel, später war ich sieben Jahre Vorsitzender. In 1985 wurde ich in den Ortsbeirat gewählt und 1990 kam ich als Nachrücker in den Römer. Seit 2002 bin ich Geschäftsführer der SPD-Fraktion und seit 2005 Fraktionsvorsitzender.

Was waren Deine ersten Eindrücke, als Du in die SPD kamst?

Ich erinnere mich an meine erste Jahreshauptversammlung im Kolleg der Gaststätte „Zu den Drei Raben“. Es war die Gründungsversammlung des Ortsvereins Nordweststadt I – Niederursel. Es waren 98 Mitglieder da (von insgesamt 200!) und es ging sehr lebhaft zu. Die „Rechten“ und die „Linken“ kämpften um die Positionen im geschäftsführenden Vorstand. Diese Auseinandersetzungen haben sich bald gelegt und die Zahl von 98 Mitgliedern bei einer Jahreshauptversammlung haben wir nie mehr erreicht.

Und wie ging es weiter im Ortsverein?

Es wurde bald ein solider Ortsverein mit lebendigen politischen Diskussionen, aber ohne große Kontroversen. Ich erinnere mich an das große Kinderfest im Martin-Luther-King-Park unter Federführung von Jürgen Schmidt und Georg Bernhardt. In den Anfangszeiten kamen da bis zu 1.000 Kinder. Zum Gelingen dieses Festes trug die Unterstützung der Hausmeister der umliegenden Schulen sehr viel bei. Sie waren alle SPD-Genossen! Wir organisierten ein Skat-Turnier „Herzbube von Niederursel“ im Bürgerhaus im Nordwestzentrum und den Tanz in den Mai in der Turnhalle der TSG Nordwest.

Mit der Zeit konnten diese Veranstaltungen nach und nach nicht mehr durchgeführt werden. Das hatte mehrere Ursachen: Die Zahl der Aktiven im Ortsverein ging zurück, die Bevölkerung wurde älter und es gab weniger Kinder, das Bürgerhaus stand für das Skatturnier nicht mehr zur Verfügung.

Du lebst seit 1967 in der Nordweststadt. Was hat sich seitdem verändert?

In den Anfangszeiten zogen vor allem junge Familien mit kleinen Kindern in die Nordweststadt. Nach und nach zogen die Kinder aus, die Älteren blieben. In den letzten Jahren sind in die frei gewordenen Wohnungen viele Familien mit Migrationshintergrund

eingezogen. Der Migrantenanteil liegt heute bei den Jüngeren bei 50 Prozent. Das verändert den Stadtteil. Viele ältere Bewohner sehen diesen Wandel nicht unbedingt positiv, die Jüngeren kennen es nicht anders. Und die jüngeren Migrantinnen und Migranten sprechen in der Regel fließend Deutsch. Aber im Vergleich zu den Anfangszeiten haben wir heute eine völlig andere Bevölkerung in unserem Stadtteil.

Was ist in Deinen Augen das Positive der Nordweststadt?

Ende der 1960er Jahre galt die Nordweststadt als vorbildlich: Das „Raumstadt-Konzept“ mit dem vielen Grün, die Wohnungen mit modernen Sanitäreinrichtungen und Fernheizung, die soziale Mischung durch die unterschiedliche Wohnbebauung von Hochhäusern und Eigentumswohnungen, über Reihenhäuser bis zu freistehenden Bungalows. Zugegeben, es gab in einigen Hochhäusern soziale Problemfälle, aber die Nordweststadt war immer besser ihr Ruf. Zu betonen ist auch die gute Infrastruktur: Die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (Kitas, Grundschulen und eine Gesamtschule, der Abenteuerspielplatz und die vielen Spielplätze), die gute Anbindung auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie U-Bahnen und Bussen, öffentliche Einrichtungen wie das Schwimmbad und das Bürgerhaus „Titusforum“, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, das Ärztezentrum. Leider musste eines der beiden kleinen Einkaufszentren geschlossen werden, und das andere ist nur ein Schatten der ursprünglichen Idee durch die Sogwirkung des Nordwestzentrums – insbesondere nach dessen Sanierung und Erweiterung.

Du sagtest: „Die Nordweststadt war immer besser ihr Ruf.“ Wie begründest Du das?

Viele Menschen fahren nur an der Nordweststadt vorbei. Dann sieht man nur die großen Hochhäuser. Wenn dieselben Menschen dann die Nordweststadt besuchen, sind sie in der Regel positiv überrascht: Die großzügige und vielfältige Bebauung, das viele Grün zwischen den Häusern, der große Park.

Das Konzept der Nordweststadt galt als beispielhaft, immer noch kommen Städteplaner, um sich die Nordweststadt anzuschauen. Ist die Nordweststadt ein Beispiel für neue Wohngebiete in Frankfurt?

Beim Bau der Nordweststadt gab es eine städtebauliche Gesamtidee. Die Zeit ist heute eine andere. Die Investoren haben ein entscheidendes Wort mitzureden. Mit Sicherheit würde man heute die Konzentration von Hochhäusern mit ihrer Anonymität vermeiden. Und aus wirtschaftlichen Gründen wird man sich solche großflächigen Grünflächen nicht mehr leisten können. Das ist sehr schade.

Das Interview führte Hannah de Graauw-Rusch

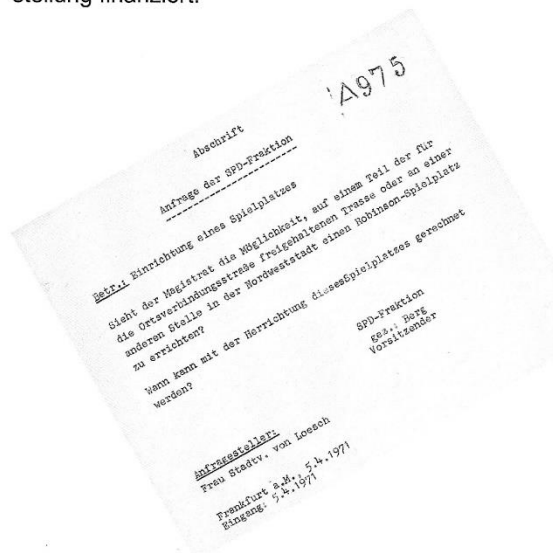
Der Abenteuerspielplatz

In 1971 starteten der Ortsverein und die Stadtverordnete Grete von Loesch die Initiative zur Errichtung eines Robinsonspielplatzes, der dann Abenteuerspielplatz genannt wurde, auf einem Teil der Trasse der Ortsverbindungsstraße nordwestlich vom Nordwestzentrum.



Abenteuerspielplatz Nordweststadt

Es sollte kein Spielplatz herkömmlicher Art mit Sandkasten und Spieltürmen sein. Hier sollten Kinder die Möglichkeit haben, selber zu gestalten, zu bauen und sich frei zu betätigen. Dank einer von dem SPD-Ortsverein initiierten und einer Bürgerinitiative unterstützten Spendenaktion wurde Geld für die Einrichtung des Abenteuerspielplatzes gesammelt. Fast 5.000 DM kamen zusammen. Davon wurden eine Drahtseilbahn und Reifenschaukel sowie deren Aufstellung finanziert.



Frankfurter Neue Presse vom 15. April 1971

Nicht teuer – aber anregend SPD setzt sich für Robinson-Spielplatz ein

sp — Gleich zwei Initiativen hat die SPD Nordweststadt ergriffen, mit denen sie sich für den von einer Bürger-Aktionsgruppe schon lange geforderten Robinson-Spielplatz einsetzt. Während die Stadtverordnete von Loesch den Magistrat nach Ort und Zeit fragte, richtete der Vorstand des SPD-Ortsvereins folgenden Brief an den zuständigen Dezernenten, Stadtrat Ernst Gerhardt:

Aus den Tageszeitungen erfuhren wir, daß das Sozialamt die Absicht hat, in der Nordweststadt einen sogenannten Robinson-Spielplatz zu errichten, sobald die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Bei einer zufälligen Diskussion mit Vertretern des Garten- und Jugendamtes wurde deutlich, daß dieser geplante Spielplatz sehr großzügig und aufwendig gedacht ist. Es war die Rede von einem eingezäunten Areal, mit Sandplätzen, Klettertürmen, Pavillon als Regenschutz, Wasserplatz und Bauteil.

Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Nordweststadt meint, daß es nicht darauf ankommt, einen weiteren großzügigen Spielplatz in der Nordweststadt zu errichten. Klettertürme und Sandplätze sind in ausreichender Menge vorhanden. Dieser Spielplatz könnte im Kontrast zu den vorhandenen stehen. Hier sollten die Kinder nicht nur vorfabrizierte Dinge benutzen, sondern selbst bauen und gestalten können. Hierzu braucht man in erster Linie die verschiedensten Baumaterialien und Werkzeuge.

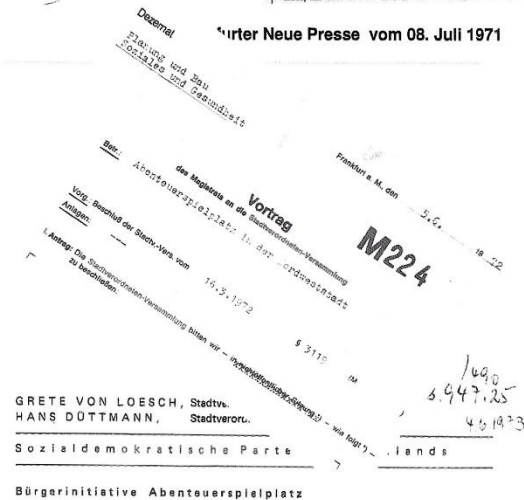
Man könnte auch daran denken, einige alte Autos oder einen alten Straßenbahnwagen dort aufzustellen. Letzterer würde auch den teuren Pavillon überflüssig machen. Auch auf Zäune oder Begrenzungen durch Bäume und Sträucher sollte unseres Erachtens nach vorerst verzichtet werden.

Wenn der Spielplatz so errichtet wird, wie wir ihn hier kurz skizziert haben, blieben die Kosten gering; er könnte sofort verwirklicht werden.

Die Kinder der Nordweststadt brauchen einen Spielplatz, auf dem sie schöpferisch tätig sein können, so schnell wie möglich.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Dienststellen anweisen würden, in unserem Sinne zu verfahren.

Frankfurter Neue Presse vom 08. Juli 1971



Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Auf der Trasse der Ortsverbindungsstraße in der Nordweststadt wurde vor einigen Tagen mit dem Bau eines Abenteuerspielplatzes begonnen.

Schon vor mehr als zwei Jahren wurde dieser von einer Bürgerinitiative und der SPD Nordweststadt gefordert. Die Kinder sollen nicht nur auf vorgefertigte Spielplätze angewiesen sein, sie sollen auch kreativ tätig sein, ihre Umwelt selbst gestalten können, lautete die Forderung. Eine erste überschlägige Planung der Stadt Frankfurt ergab einen Kostenbedarf von DM 150.000. Da diese Summe von der Stadt nicht aufgebracht werden konnte, wurde eine kleinere Lösung angestrebt. Es wurden DM 77.500 für einen umzäunten Platz von 800 qm Größe mit Toilettenanlage und Geräteschuppen bewilligt.

Diese kleine Lösung jedoch ließ alle an dem Projekt beteiligten Gruppen, das Gartenamt, das Jugendamt, das Team des Jugendhauses, die Bürgerinitiative, die SPD Nordweststadt und deren Stadtverordnete, nicht ruhen. Sie beschlossen gemeinsam, die große Lösung — kostenlos entworfen von der Arbeitsgemeinschaft engelhardt-fiebig-horenkohl in Zusammenarbeit mit dem Team

Wir bauen eine neue Stadt... ... für die Älteren

In den späten 1960er Jahren entstand das Nordwestzentrum, und Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert weihte 1968 mit Walter Möller die erste U-Bahnlinie ein. Der kleine Klub für ältere Bürger vom Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe in Niederursel fand ein neues Domizil in großzügigen Räumen im Nordwestzentrum.

Zu den neuen Mitbürgern in der Nordweststadt gehörten ältere Bürger, von denen viele auch den Weg zu den Altenklubs fanden, so dass die Mitgliederzahlen schnell wuchsen. Anders als in den gewachsenen Stadtteilen, wo sich die Klubmitglieder teilweise noch aus der Schule kannten, trafen sich hier Frauen und Männer aus unterschiedlichsten Gegenden, zum Teil auch aus Ländern, aus denen sie vertrieben wurden.



Senioren – im Hintergrund die Nordweststadt

Das Klubleben fand bald an vier Nachmittagen im Monat mit jeweils 60 Teilnehmern statt, es gab eine Zeit lang sogar lange Wartelisten. Nach Kaffee und



**Tanzgruppe 1992 mit Rosita Friedrichs
(1. Reihe, 2. von rechts)**

Kuchen bot die Volkshochschule ein detailliertes Bildungs- und Unterhaltungsprogramm an, darüber hinaus wurden Ausflüge gemacht, Besichtigungen, Theater besucht, musiziert, gefeiert und getanzt. Ich habe jahrelang Gesellschaftstänze in geselliger Form angeboten, d. h. Paartanz, der speziell für Frauen sehr ansprechend ist.



Tanzgruppe 1994

Anfangs kamen manche Frauen mit kleinen Hinterbliebenenrenten in die Klubs, später gab es mehr, die sich schon eine eigene Rente durch Berufstätigkeit erworben hatten. In den neunziger Jahren nahmen die Mitgliederzahlen langsam ab, da sich viele Leute ein eigenes Freizeitprogramm leisten konnten.

Rosita Friedrichs

Rosita Friedrichs trat 1955 in die SPD ein. Sie war in ihrem damaligen Ortsverein Niederrad Kassiererin. Als sie mit ihrer Familie in 1964 in die Nordweststadt zog, engagierte sie sich in der Arbeiterwohlfahrt und leitete den AWO-Altenclub. Heute ist sie 2. Kassiererin im Ortsverein Nordweststadt-Niederursel.

1985: Die erste rot-grüne Koalition im Ortsbeirat

Nach dem sehr erfreulichen Ergebnis der Wahl zum Ortsbeirat stand die Tür für eine rot-grüne Mehrheit und die Wiedergewinnung des Ortsvorstehers offen. Die SPD hatte sich um 5,9 Prozent verbessert und kam auf 42,9 Prozent. Während SPD (8) und GRÜNE (2) je ein Mandat hinzugewonnen hatten, musste die CDU (9) ein Mandat einbüßen. Die FDP hatte den Einzug ins Stadtteilparlament verfehlt.

Menschen aus unserem Stadtteil: Ortsvorsteher Helmut Gärtner

Die Solidarität immer ernst gemeint

FRANKFURT-NORDWEST. Als Ortsvorsteher trägt er Kreuze, in seinem Büro bleibt er invariabel bündelnd. Helmut Gärtner, 68, sitzt in der „Schiffen“ in der SPD, aber von Arbeit hat er nie genug. „Ich bin ein „Ausländer“, der nach für den Computer, den er selbst nach Deutschland nach mit Daten und Programmen flücht.“

Gärtner's Charme lässt ihn verborgen. Nur selten rückt ihm ein Lächeln heraus, Schmeichelei dagegen muss er zieren. Er gehört dem Ortsbeirat seit 1972 an.

Von persönlichen Tugenden habe er wenig. „Ich bin ein „Ausländer“, der nach für den Computer, den er selbst nach Deutschland nach mit Daten und Programmen flücht.“

„Dicken Bretter bohren“, rufte er innerhalb seiner Fraktion und hat dabei, manchen möglich, gemacht. Was ausstrahlt und nicht nachher schmeckt. Die SPD hat auch andere Dickschädel bewiesen. Jeder Antrag des Ortsbeirats 8 kam durch die frische OBR-Staffel auf seine Fahnen stehen. Und bei seiner Abkündigung durch den einstimmigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung mittlerweile begründet – ein Erfolg vom Genosse Helmut, der gern und gut Briefe mit Nachdruck fernschreibt.

Schadensbegrenzung muss es sein. Die SPD hat die kleine Feine der innerpolitischen. Das Modell der Berliner Bezirksbürgermeisterwahlen, schreibt ihn dabei vor. Denn die Stadtparlamente sollen sich nicht mit Kleinigkeiten abgeben. Doch der Widerstand hat auch nicht Helmut Gärtner's Begeisterung. Er ist ein Mann, der seine Fragen „wie der Gesundheitsreform und der Gestaltung Frankfurt“.

Den Niederstufen: Hang steht er als „Herausforderung und Glanzpunkt für die Geschichte, die Verwirklichung der Stadtregierung muss bei der Ausweitung neuer Dienstleistungen in Heddernheim-Nord aber so sein, dass man nicht zum Waisen wird, aber auch keine Diktatur.“

Und das steht beim Mann, der den Gehirnschlagtraktus-Bing, dessen auch in anderen Positionen gilt. So, Schlichtung zu wählen mit dem, die es noch nicht oder nicht mehr „aktuell“ ist. Und das ist, man, Helmut Gärtner genauso ab, wie er es sagt.

AP/STADT

Das Porträt

Die „alten Jahre“ als Vorsteher „und ohne Option auf Verjüngung“ haben nicht nur ihn gealtert. Solange unter die Gürtellinie sind im Nordwesten des Landes anwesend.

Im Streik um die Ausländerbeschäftigung, tragen sie, zumindest er, nachteilig, und mit Stolz, aber ohne Hänge, verkündet er, der eigentliche Sieger des Verfahrens, die Fortsetzung der Verwaltungsgerichts.

Helmut Gärtner war an die Spitze des Stadtteilkomitees führt durch die Jahre. Er hat, wie andere, den Stolz und das Durchhaltevermögen. In den letzten Jahren hat er, nach Menschen, hat, selbst in Anwesenheit von Sitzungen, damit die Mensch, Gemeindeförderung, was, zum Beispiel, er, gelernt, Vermittlung, Packman, ist. Und, wenn ich, was, was nicht weiß, dann, aber, um, was, nicht, sagt er, nicht, Diktatur, und behält darauf das Gelesene im Gedächtnis.



HELMUT GÄRTNER gibt in seiner Partei und in der Stadt seinen großen Stolz.

In Vorständen seiner Partei, der TSG Nordwest und der Gewerkschaft, war und ist Gärtner. Zeit für Freizeit und die Freizeitbeschäftigung bleibt kaum. Seine korrekte Art und Weise besteht, obwohl es manchmal schwerfällt, da vorne zu stehen und

der Bürgerbeteiligung in den Ortsbeiratssitzungen vereinbart. Dagegen kam es bei der Ortsumfahrung zum Konflikt: Die GRÜNEN-Forderung nach Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses war für die SPD schlicht unannehmbar. Ebenso natürlich umgekehrt die Forderung der SPD nach dem Bau der Straße für die GRÜNEN. Einen weiteren schweren Dissenspunkt bildete das Verlangen der GRÜNEN nach dem Abriss der Müllverbrennungsanlage.

Es gibt keine guten und schlechten Bürger

Ein Neuanfang im Ortsbeirat 8 mit Tücken

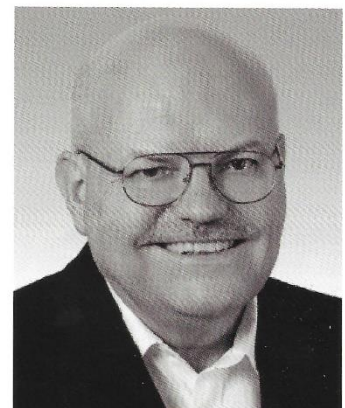
FRANKFURT A. M.-NORDWEST. Der Sozialdemokrat Helmut Gärtner ist nach achtjähriger CDU-Mehrheit im Ortsbeirat 8 (Heddernheim, Niederursel, Nordweststadt) mit zehn zu neun Stimmen zum neuen Ortsvorsteher gewählt worden. Er löst damit den CDU-Politiker Erich Lange ab, der seinem SPD-Nachfolger in der ersten Sitzung des Ortsbeirats 8 die städtische Gesetzesammlung übergab und im Gegenzug von der SPD mit einem Strauß roter Nelken für „sein großes Engagement und sein ständiges Bemühen um Fairneß im Umgang miteinander“ (Gärtner) gewürdigt wurde.

Im Ergebnis schrieb man im Koalitionspapier den Dissens bei der Ortsumfahrung fest, was ein großer Erfolg für die SPD war, wurde diese doch damit in den Stand versetzt, auch künftig frei auf Basis der eigenen Beschlüsse zu agieren. Im Gegenzug übernahm die SPD die Forderung der GRÜNEN, den Ortsbezirk zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, was später auch durch Ortsbeiratsbeschluss umgesetzt wurde.

Nachdem die Gremien beider Seiten der Koalitionsvereinbarung zugestimmt hatten, wurden Helmut Gärtner zum Ortsvorsteher und Marion Enzmann (GRÜNE) zur stellvertretenden Ortsvorsteherin gewählt. Sie wurde später durch Helga Dörhöfer ersetzt. Den Fraktionsvorsitz übernahm bei der SPD Friedrich H.G. Wehe an der Stelle von Helmut Gärtner. Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN wurde Dr. Michael Damian, später langjähriger Büroleiter der Bildungsdezernentin Jutta Ebeling.

Klaus Oesterling

Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Römer.



Bei den Koalitionsverhandlungen mit den GRÜNEN, die unter dem Vorsitz von Helmut Gärtner (SPD) und Michael Damian (GRÜNE) geführt wurden, ging es heftig zu. Andererseits war der Wille auf beiden Seiten stark, zum Konsens zu kommen. Zu stark hatte die Herrschaft der CDU in der Stadt, insbesondere aber auch das Verhalten der CDU-Fraktion im Ortsbeirat unter ihrem kämpferischen Fraktionsvorsitzenden Kerssebaum Rot-Grün zusammengeführt.

SPD und Grüne im Ortsbezirk 8 zeigten bei Gespräch Willen zur Zusammenarbeit

Kontroversen über Verkehr und Müll / Ein SPD-Ortsvorsteher und Grüne Stellvertreterin?

NORDWESTSTADT. Mächtig mobil gemacht an der „Baue“-batten SPD und Grüne im Ortsbezirk 8 (Nordweststadt, Niederursel, Heddernheim, Römerstadt) als sich Vertreter der Ortsbeirats-Fraktionen in der vergangenen Woche zum Gespräch über politische Kernpunkte der nächsten vier Jahre trafen. Als Helmut Gärtner (SPD) die rote Nelke, die Symbol-Blume der Sozialdemokraten, an Marion Enzmann (Grüne) überreichte, vergaß er nicht zu erwähnen, daß die Pflanze „einen langen grünen Stengel hat“. So überzog in den vierstündigen Gespräch, zu dem rund 50 Parteimitglieder beider Seiten in die „Kloster“-nach Niederursel gekommen waren, der demonstrierte Wille zur Zusammenarbeit.

Nur diese Zusammenarbeit brachte hier erstmals ein Argument nach, aus der rechnerischen Ein-Stimmen-Mehrheit von Rot-Grün gegenüber der CDU, holte sollte: was sich durch Begegnung eine politische Mehrheit, während der Ortsumfahrung. Und nachdem beide Seiten einige und können das nicht plötzlich an-Kickapunkte der zünftigen sind. Demgegenüber sieht die Ortsbeiratsarbeit, angereichert hat: SPD keine Probleme die 14-jährige

schlechte erproben, vor allem aber können man mit einer Kombination von gemeinsamer Oberstufe und bündelnd orientierten Fraktionsvorsitzenden Ausbildung, können, die Moderation, in der gesamten Baubereich, haben können.

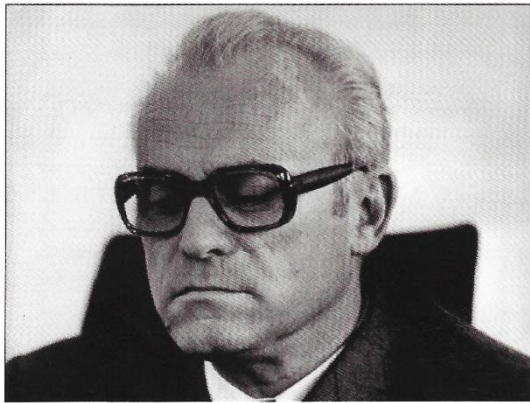
Müll

In Sachen Müll wollen die Grünen einen Ausstieg aus der Müllverbrennung, Michael Damian äußerte, daß der Ausbau der MVA in der Nordweststadt „Sachangelegenheit“ schaffe, identisch sie sich rechnet, braucht man nicht Müll. Diesmal, den Konzept der Müllverbrennung und Wiederverwendung entgegen. Außerdem wurde die Anlage gegen die T-A-Last verstanden, weil dort 1000 t/h Müll verbrennt.

Rothschiefer, Rappold.

Schnell einig war man sich in der Schulpolitik, beim Sozialen, bei der Renaturierung des Urselbachs und beim Fahrradverkehr. Auch wurde eine Ausweitung

Walter Möller 1920 – 1971



Seine politische Karriere begann Walter Möller in Frankfurt als Verkehrsdezernent unter den Oberbürgermeistern Bockelmann und Brundert. In dieser Funktion war er verantwortlich für den Bau der Frankfurter U-Bahn.

Im Juni 1970 war Oberbürgermeister Willi Brundert unerwartet im Alter von nur 57 Jahren verstorben. Die Frankfurter Stadtverordneten wählten Walter Möller zu seinem Nachfolger. Doch auch Walter Möller wur-

de nicht alt, er starb mit 51 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts. Der Trauerzug folgte dem Tunnel der von ihm initiierten U-Bahn.

Politisch ist der Name Walter Möller verbunden mit dem Konzept „Regionalstadt Frankfurt – Ein Beitrag zur Diskussion“, das im Januar 1971 veröffentlicht wurde. Im Rahmen einer Verwaltungsreform sollte aus Frankfurt und den umliegenden Gemeinden eine Regionalstadt mit 1,5 Millionen Einwohnern werden – unterteilt in fünf oder sechs Stadtbezirke.

Das Regionalstadt-Konzept stieß von Anfang an auf massiven Widerstand der SPD Hessen-Süd. Statt der Regionalstadt gab es den „Umlandverband Frankfurt am Main“, dessen Kompetenzen allerdings weit hinter denen der konzipierten Regionalstadt zurück blieben.

Walter Möller zu Ehren verleiht die Stadt Frankfurt am Main seit 1977 die Walter-Möller-Plakette. Verliehen wird sie an Gruppen, die sich in Frankfurt in herausragender Art und Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben.

Walter Möller lebte in der Nordweststadt. Bis heute erinnert der „Walter-Möller-Platz“ im Nordwestzentrum an diesen SPD-Oberbürgermeister.



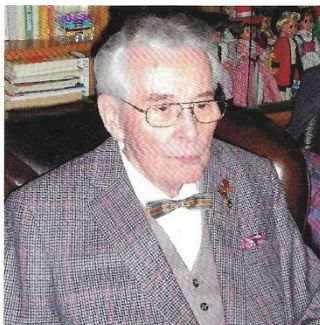
Walter-Möller-Platz 2013

Eng verbunden mit der Nordweststadt und der Ernst-Reuter-Schule

Unsere Familie ist seit den Anfangszeiten eng mit der Nordweststadt und mit der Ernst-Reuter-Schule verbunden – und das seit drei Generationen.

Im Jahre 1963 zogen wir in die Nordweststadt, die damals noch nicht begrünt war. Um von der Straße zu den Häusern zu gelangen, waren Gummistiefel nötig – es war eine Stadt auf den ehemaligen Feldern Niederursels. Erst mit der Eröffnung des Nordwestzentrums 1968 bekam dieser Stadtteil eine bessere Infrastruktur.

Mein Vater Erwin Emge, von Beruf Gewerkschaftssekretär, war bereits damals seit langer Zeit in der SPD aktiv, zunächst seit 1953 in Frankfurt-Bockenheim.



Erwin Emge

In den Ortsvereinen der Nordweststadt übernahm er auch gleich verantwortliche Funktionen. So war er u. a. Beisitzer und zeitweise stellvertretender Vorsitzender im großen Ortsverein Nordweststadt und nach der Aufteilung stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Nordweststadt I-Niederursel. Als Stadtbezirksvorsteher des Gebietes Nordweststadt I-Niederursel setzte er sich sehr für die Belange der Niederurseler ein und wurde deshalb auch „Bürgermeister von Niederursel“ genannt.

Im Schulelternbeirat der Ernst-Reuter-Schule hat mein Vater aktiv an der Umwandlung zur Integrierten Gesamtschule mitgewirkt.

Meine Mutter war von 1964 bis zur ihrer Pensionierung 1978 Lehrerin an der Ernst-Reuter-Schule. Sie unterrichtete Biologie, Physik und Chemie. Unter ihren Schülern war u. a. Dr. Ralf-Norbert Bartelt, heute Mitglied der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

Im April 1964 kam ich in die Ernst-Reuter-Schule, damals Gesamtschule in der Nordweststadt. Wir, die ersten 100 Schülerinnen und Schüler, wurden in den ersten beiden Jahren noch in Holzpavillons unterrichtet, die auf dem Gelände der jetzigen Europaschule standen. Als ich 1971 mein Abitur an der Ernst-Reuter-Schule absolvierte – übrigens gemeinsam

mit Volker Stein (heute FDP-Dezernent in Frankfurt) – waren wir fast 3.000 Schülerinnen und Schüler. Zu dieser Zeit entstand die Ernst-Reuter-Schule II.

Nach meinem Lehramtsstudium habe ich in den Jahren 1976/77 mit einem Lehrauftrag Biologie und Deutsch an der Ernst-Reuter-Schule unterrichtet. Unter meinen Schülern waren Boris Rhein, heute Innenminister (CDU) des Landes Hessen und Robert von Friedeburg, dessen Vater als SPD-Kultusminister die hessische Bildungspolitik reformierte und natürlich seine Söhne auf die von ihm politisch unterstützte Integrierte Gesamtschule im Stadtteil schickte.

(Anmerkung: Politisch indoktriniert – wie böse Zungen es manchmal behaupteten – wurde an der ERS nie, sonst wären einige dieser ehemaligen Schüler und Mitschüler nicht in der CDU bzw. FDP gelandet!)

Projektorientiertes Lernen, binnendifferenziertes, schulformübergreifendes Unterrichten musste ich während meiner Ausbildung zur Sekundarstufe-I-Lehrerin nicht lernen – ich durfte es an der Ernst-Reuter-Schule erleben und verinnerlichen.

Auch meine beiden Kinder Jahrgang 1982 und 1985 besuchten ab 1992 die Mittelstufe der Ernst-Reuter-Schule II und die Oberstufe der Ernst-Reuter-Schule I. Viele Jahre war ich Mitglied im Schulelternbeirat der beiden Schulen.

Seit August 2010

bin ich stellvertretende Schulleiterin der Ernst-Reuter-Schule in Ankara, Privatschule der deutschen Botschaft, wo schulformübergreifend in gemeinsamen Klassen unter-

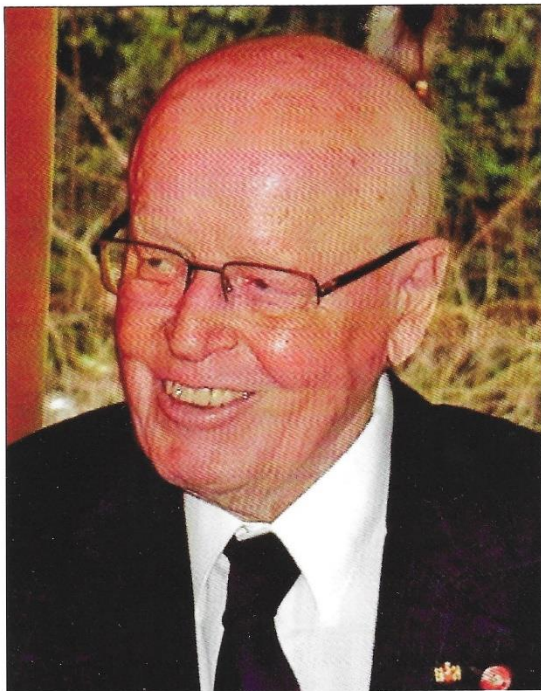


Erika Emge-Lieberwirth richtet wird (alles wiederholt sich doch im Leben!). In Ankara unterstütze ich den Austausch mit dem Geschichts-Leistungskurs der Ernst-Reuter-Schule I in Frankfurt zum Thema „Auf den Spuren von Ernst-Reuter und anderen Migranten in der Türkei“.

Im April nächsten Jahres kann ich also auf 50 Jahre Ernst-Reuter-Schule zurückblicken – das werde ich hier in der Türkei feiern!

Erika Emge-Lieberwirth

Willi Birkelbach 1913 – 2008



Er war ein echter Frankfurter Junge, geboren am 12. Januar 1913 und aufgewachsen in Nied. Schon 1930 trat er der SPD bei, und sein Interesse an politischer Arbeit ließ ihn nicht mehr los.

Nach dem Abitur begann er eine Ausbildung zum Außenhandelskaufmann. 1938 wurde er von der Gestapo wegen illegaler Aktivitäten festgenommen und zu 2 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend erfolgte die Einberufung zu den berüchtigten 999ern nach Jugoslawien.

Als er 1946 aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte wandte er sich sofort wieder der SPD zu.

Willi Birkelbach wurde Leiter der ersten deutschen Gewerkschaftsschule in Oberursel, reiste 1948 zu einem Studium in die USA und wurde nach seiner Rückkehr 1949 für Frankfurt zum ersten Bundestagsabgeordneten der SPD in Bonn gewählt. Damit begann eine beispielhafte Karriere.

Aufgrund seiner außerordentlichen Sprachbegabung – er sprach fünf Sprachen fließend – wurde er schon 1950 zum Europäischen Parlament nach Straßburg delegiert. Er gehörte der Beratenden Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an.

In Washington konnte er 1953 als erster Deutscher eine Rede vor der Vollversammlung im Capitol in englischer Sprache halten. 1958 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und bis 1964, als erster Deutscher, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion. Er setzte Maßstäbe in Deutschland und Europa. Am „Birkelbach-Bericht“ scheiterte 1962 der Beitrittsantrag von Spanien unter dem Diktator Franco.

Über neun Jahre, von 1954 bis 1963, führte er den SPD-Bezirk Hessen-Süd. 1964 wurde er von Georg August Zinn zum Chef der Hessischen Staatskanzlei berufen, als Nachfolger von Prof. Dr. Willi Brundert, der Oberbürgermeister von Frankfurt wurde. Mit dem Rücktritt Zinns 1969 schied auch Willi Birkelbach aus dem Amt.

Die Tätigkeit in der Wiesbadener Regierungszentrale hatte ihn jedoch auf eine Spur geführt, der er sich für den Rest seines Lebens verschrieb: Dem Datenschutz. Er wurde 1971 zum ersten Datenschutzbeauftragten – weltweit – gewählt. Wer sonst hätte seine Visionen besser in die Praxis umsetzen können.

Für seine Verdienste erhielt er viele Ehrungen, darunter das Große Bundesverdienstkreuz. Die Englische Königin Elisabeth ernannte ihn 1965 zum „Honorary Commander of the Most Excellent Order of the British Empire“ CBE, die höchste englische Auszeichnung.

Er war einer der großen Männer der Sozialdemokratie.

Die letzten beständigsten 22 Jahre seines Lebens verbrachte Willi Birkelbach in Frankfurt in der Nordweststadt im Hammarskjöldring. Damit gehörte er aktiv zu unserem Ortsverein.

Seine Erinnerungen sind in dem Buch „FAZIT“ festgehalten, das in Frankfurt im SPD-Haus in der Fischerfeldstraße 7-11 zu beziehen ist.

Willi Birkelbach starb am 17. Juli 2008 mit 95 Jahren. Bis zu seinen letzten Lebenstagen war er hellwach.

Ich bin dankbar, dass ich mit ihm leben und arbeiten durfte.

Luise Maria Dreßler

Ludwig von Friedeburg **1924 – 2010**



Ludwig von Friedeburg wurde am 21. Mai 1924 in Wilhelmshaven geboren. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges studierte er Naturwissenschaften und Psychologie in Kiel sowie Psychologie, Philosophie und Soziologie in Freiburg.

1951 schloss er in Freiburg sein Studium als Diplom-Psychologe ab. 1952 promovierte er ebenfalls in Freiburg über „Die Umfrage als Instrument der Sozialwissenschaften“. 1955 wechselte er als Abteilungsleiter an das Frankfurter Institut für Sozialforschung. 1960 habilitierte er sich bei Theodor W. Adorno mit einer Arbeit zur Soziologie des Betriebsklimas.

Von 1962 bis 1966 war Friedeburg Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für Soziologie an der Freien Universität Berlin. 1966 wurde er an die Universität Frankfurt und zum Direktor des Instituts für Sozialforschung berufen. Als dessen geschäftsführender Direktor amtierte er von 1975 bis 2001.

1969 wurde Ludwig von Friedeburg als Nachfolger von Prof. Ernst Schütte im Kabinett Osswald Hessischer Kultusminister. Diese Funktion nahm er bis 1974 wahr.

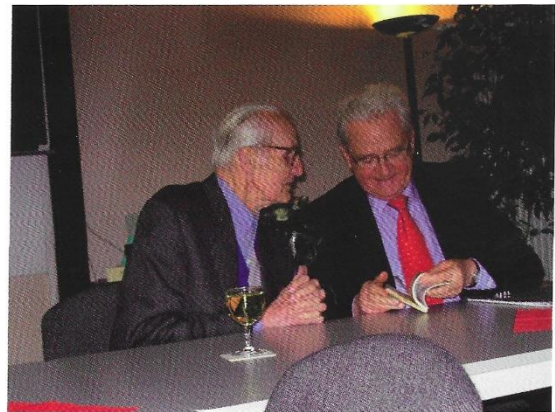
Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Hochschulreform, die Schaffung neuer Hochschulplätze und einer

modernen Hochschulverfassung. Zeit seines Lebens kämpfte er für mehr Chancengleichheit im Bildungswesen. Neben den viel diskutierten Rahmenrichtlinien setzte er sich vor allen Dingen für das gemeinsame Lernen in Förderstufen und Gesamtschulen ein.

Im Jahr 2009 konnte unser Ortsverein Ludwig von Friedeburg und seine Frau Ellen für 40jährige Mitgliedschaft in der SPD ehren.

Am 17. Mai 2010 ist Ludwig von Friedeburg verstorben. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Niederurseler Friedhof.

Armin Clauss



**Ludwig von Friedeburg mit Armin Clauss
anlässlich der Ehrung im Jahr 2009**

Otto Brenner 1907 – 1972



Otto Brenner war von 1956 bis zu seinem Tod Vorsitzender der IG-Metall. Er war einer der vielen Gewerkschafter, die in der Nordweststadt lebten.

Er wird 1907 in Hannover als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Sein politisches Engagement beginnt 1920, als er der Arbeiterjugend, später Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), beitrifft. Fast zeitgleich wird er Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV). 1926 wird er Mitglied der SPD. 1931 wird er aus der Partei ausgeschlossen, weil er als Anführer des jugendlichen oppositionellen Flügels der SPD gilt und ein Ende der Tolerierungspolitik fordert. Er schließt sich der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an.

Die SAPD wird für illegal erklärt, aber Otto Brenner arbeitet trotz des Verbotes weiter am Erhalt und der Organisation der Partei. Im August 1933 wird er verhaftet, 1935 wird offiziell Anklage erhoben. Er wird zu zwei Jahren Haft verurteilt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges steht er unter Polizeiaufsicht. Während dieser Zeit kann er als Elektromonteur arbeiten, denn er gilt als „wehrunwürdig“ und wird nicht eingezogen.

1945 wird die SAPD in die SPD eingegliedert, Otto Brenner ist wieder SPD-Mitglied. Im gleichen Jahr wird er Bezirksleiter der IG-Metall in Hannover. Ab 1946 übernimmt er kommunal- und landespolitische Aufgaben für die SPD. Von 1951 bis 1954 gehört er

dem Niedersächsischen Landtag an. Danach konzentriert er sich auf seine gewerkschaftliche Arbeit.

1956 wird Otto Brenner 1. Vorsitzender der IG Metall. Zu den Erfolgen der IG Metall in dieser Zeit zählen der Ausbau der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeitverkürzung, eine expansive Lohnpolitik, mehr Urlaub und die Durchsetzung der Ansätze einer Humanisierung der Arbeit. Otto Brenner professionalisiert die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit und wird 1961 Vorsitzender des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB). Bereits damals erkennt er die Bedeutung der europäischen Integration und wirkt im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft mit.



Otto Brenner mit Willy Brandt 1969

Als Sozialdemokrat und Gewerkschafter greift Otto Brenner immer wieder in die politischen Debatten der Bundesrepublik ein. Mit Nachdruck engagiert er sich in der „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagne und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen die Notstandsgesetze.

Am 15. April 1972 stirbt Otto Brenner im Alter von 64 Jahren an den Folgen einer Herz-Kreislauf-Erkrankung.

Quelle:

<http://www.otto-brenner.de/vita-von-otto-brenner.html>



Vorstandsitzung des SPD Ortsvereins Nordweststadt-Niederursel am 11. Juni 2013 im Gemeinschaftsraum der Sen-Se e.V. Niederursel

Nachwort

Das Zusammenstellen dieser Broschüre war für mich sehr lehrreich – und es war ein Vergnügen!

Ich möchte mich bedanken bei allen, die mich unterstützt haben mit Texten, Bildern und interessanten Geschichten: Dank an Gisela Armbrust, Irmgard und Rembert Behrendt, Georg Bernhardt, Armin Clauss, Helga Diehl, Luise Maria Dreßler, Erika Emge-Lieberwirth, Peter Feldmann und sein Büro, Rosita Friedrichs, Michael Gerber, Grete von Loesch, Klaus Oesterling, Heike Pinkal, Jürgen Schmidt, Uwe Stein und Josef Ullrich.

Ich hoffe, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SPD in der Frankfurter Nordweststadt für alle, die diese Broschüre lesen, ebenso lehrreich und vergnüglich sein mag.

Hannah de Graauw-Rusch
Redaktion

SPD Nordweststadt Süd

Der SPD OV Nordweststadt Süd, vormals Nordweststadt III war der kleinste der drei Ortvereine der Nordweststadt. Das war im Ortsbeiratsbezirk 8 die Römerstadt und Teile der südlichen Nordweststadt. Im Frankfurter Unterbezirk zählte er sich zum linken Flügel. Er konzentrierte sich weitgehend auf die Probleme der Arbeitswelt und der Abrüstungs- und Friedenspolitik. In der AfA war er stets präsent. Auf Unterbezirksparteitagen stellte er entsprechende Anträge.

Leider sind keine Unterlagen mehr aufzufinden.

Protagonisten:

Vorsitzende Bettina Czölch, Michael Altmann, Robert Pastyrik, Lukas Schneider .

Kassierer und Schiedsmann Jürgen Reininger,

Vorstandsmitglieder Lothar Ott, Helga Dreier,

Stadtsozialbezirksvorsteher Klaus Knörzer ?

